

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pfg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pfg. • Nachdruckverboten. • Postfach-Nummer Hannover Nummer 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße Nr. 85. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: 'Mittelverband Bochum'.

Zum Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes. Eine kurze Vorbetrachtung. — Für uns unannehmbar.

Die Reichsregierung hat dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Bergarbeiter-Schutzgesetzes zur Begutachtung zugeleitet. Der Entwurf soll, wie es einleitend in demselben heißt, eine notwendige Ergänzung zu dem Arbeiterschutzgesetz sein. Er besteht aus fünf Abschnitten. Im ersten Abschnitt wird der Geltungsbereich geregelt. Soweit die Arbeitszeit in Frage kommt (Vierter Abschnitt, §§ 23-30) erstreckt sich die Geltung nur auf die unter Tage beschäftigten Arbeiter. Ferner wird im ersten Abschnitt (§ 2) eine Regelung über die Verantwortlichkeit der Aufsichtspersonen getroffen. Der zweite Abschnitt sieht Maßnahmenbestimmungen für die Arbeitsordnungen vor. Beide Abschnitte sind den Bestimmungen über die genannten Gegenstände des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes stark angeglichen. Der Entwurf ist uns erst kurz vor Redaktionsschluss zugegangen. Es ist also nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen. Der Geltungsbereich läßt einige unterirdisch betriebene Bergbauarten, wie Ton und Schieferstein, in einzelnen Ländern nicht erfassen. Es muß also dafür gesorgt werden, daß alle unterirdisch beschäftigten Arbeiter, auch dort, wo es die Landesgesetzgebung nicht vorsieht, einbezogen werden. Daß in der Arbeitsordnung das so verhasste Strafsystem wieder mit verankert werden darf, zeugt nicht gerade von einem fortschrittlichen Geiste. Auch darüber wird noch zu reden sein.

Der dritte Abschnitt regelt den Arbeitsvertrag. Er greift stark in bisherige tarifliche Bestimmungen ein. Erweiterte Leistungspflicht, Gehaltsregelung, Entlohnung bei nicht zustandekommenem Gehalt, alles Fragen, die einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden müssen. Schon jetzt können wir sagen, daß sie für uns in der vorliegenden Form nicht annehmbar sind.

Das Kernstück des Entwurfes bildet jedoch der vierte Abschnitt. Sein zweiter Unterabschnitt regelt die Arbeitszeit. Da stoßen wir schon gleich beim ersten Paragraphen (§ 23) auf eine Unmöglichkeit. Sie lautet:

„Die Schichtzeit darf sieben und eine halbe Stunde täglich und, falls in die Schichtzeit Ruhepausen oder Arbeitsunterbrechungen von insgesamt mindestens einer halben Stunde fallen, acht Stunden täglich nicht überschreiten.“

Es kommt aber noch schlimmer. Absatz 2 des § 23 sieht weiter vor: „Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers kann die oberste Landesbehörde für bestimmte Bezirke oder Arten des Bergbaues die im Absatz 1 Satz 3 vorgesehene Grenze um höchstens eine halbe Stunde täglich erweitern, wenn die längere Schichtzeit aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist.“

Die Tarifverträge in allen größeren Bergbetrieben sehen heute die siebenstündige Arbeitszeit vor. Gewiß, es bestehen noch Mehrarbeitsabkommen. Grundsätzlich ist jedoch an der Siebenstundenschicht festgehalten. Jetzt aber sieht der Gesetzentwurf im Absatz 1 des § 23 schon die Siebeneinhalbstundenschicht vor.

Was aber werden unsere doch etwa keineswegs sozial eingestellten Bergbehörden erst mit dem Absatz 2 des § 23 anfangen?

Soweit wir die Bergwerksunternehmer kennen, werden sie redlich bestrebt sein, immer „Gründe des Gemeinwohls“ ins Feld zu führen und es besteht — leider! — die Befürchtung, daß diese von den Bergbehörden fast durchweg anerkannt werden. Das aber würde dann bedeuten, daß an Stelle der heute im Tarifvertrag vorgesehenen Siebenstundenschicht die Achtstundenschicht oder, falls Kaufen eingelegt sind, sogar die Achteinhalbstundenschicht die Regel sein würde. Wir können uns nicht vorstellen, daß sich für diese rückwärtliche Anschauung im Reichswirtschaftsrat oder gar im Reichstag eine Mehrheit findet. Unsere Aufgabe muß es sein, alle Kräfte in der Organisation zur Verankerung der Siebenstundenschicht für die Untertagearbeiter zu mobilisieren.

Wer nun etwa glaubt, das wäre schon genug des Schlechten, der hat sich bitter getäuscht. Unter der schönen Stichmarke: „Anderer Verteilung der Arbeitszeit“ wird selbst die Achtstundenschicht und die Zulassung der Neun- bzw. sogar der Zehnstundenschicht gestattet.

Im § 24 Abs. 1 Ziff. 1 ist vorgesehen, daß die Schichtzeit um eine weitere Stunde verlängert werden kann, wenn in einer Woche nicht an allen Tagen 7 1/2 bzw. 8 Stunden verfahren werden. Sonntagsruhe kann durch Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen bis zu einer Stunde pro Schicht wieder wettgemacht werden. Hierzu soll allerdings eine Vereinbarung erforderlich sein. Ein Monstrum aber ist die Ziffer 2 im Absatz 1 des § 24. Wenn „aus besonderen wirtschaftlichen Gründen“ Festschichten eingelegt werden, dann kann die Schichtzeit täglich um zwei Stunden oder wöchentlich um acht Stunden verlängert werden. Erfordernis soll sein, daß in einer Woche „regelmäßig“ an fünf Tagen oder innerhalb vierzehn Tagen an elf Tagen gearbeitet wird. Auch hier ist eine Vereinbarung vorgeschrieben.

Weitere Ausnahmen von der im § 23 vorgesehene Arbeitszeit sehen auch die Ziffern 3 und 4 des 1. Absatzes des § 24 vor.

Im § 25 wird die Verlängerung der Arbeitszeit bis zu einer Stunde täglich bei „Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten“ zugelassen. Aber es wird immer toller! Der § 26 läßt Mehrarbeit bis zu zwölf Stunden die Woche oder 800 Stunden in einem Kalenderjahr zu. Weitere Ausnahmen von der im § 23 vorgesehene Arbeitszeit sind nach den §§ 27 und 28 in „außergewöhnlichen Fällen“ und bei ununterbrochener Arbeit zulässig.

Die Arbeitszeit an heißen Betriebspunkten wird im § 29 geregelt. Er läßt zu, daß anstatt der bisherigen sechsstündigen Schichtzeit (§ 23 c ArbZ.) die Siebenstundenschicht verfahren werden darf. Ja, sie kann auf Anordnung der obersten Landesbehörde bis auf siebeneinhalb Stunden erhöht werden.

Wir wollen es für heute genug sein lassen. Eine weitere Besprechung behalten wir uns vor. Unter einem Bergarbeiter-Schutzgesetz, das können wir jedoch schon heute sagen, hatten wir — und mit uns die gesamte Bergarbeiterschaft — etwas anderes vorgestellt. Unsere Kameraden werden sich rühren müssen, um zu verhindern, daß dieser Entwurf Gesetz wird. Es muß gelingen, ein wirkliches Bergarbeiter-Schutzgesetz zustande zu bringen!

lungen ihren Willen zum Ausdruck brachten, unter allen Umständen auch mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel sich eine Lohnerhöhung zu erringen, sah sich die Generaldirektion genötigt, einzuliegen.

Tausende von Arbeitern haben die Kündigungsgeltd unterworfen. Diesen einheitlichen Willen der Belegschaften, sich der Führung der Organisationsleitungen anzuvertrauen und diesen Lohnkampf nur durch die Gewerkschaften zu führen, vermochten auch nicht die kommunistischen Saboteure zu durchbrechen. So hatten sie schon die ganze Bezirksleitung sowie die Redakteure des „Klassenkampf“ aus Halle nach Mansfeld beordert, um dort für die KPD die Geschäfte zu besorgen. Es war wiederum bezeichnend, daß die KPD-Gelben nicht gegen die Mansfeld A.-G. schärfere Worte fanden, sondern ihren Kampf einzig und allein gegen die Gewerkschaftsführer richteten. Mit den besten Willen und gemeinsten Verleumdungen versuchte man die Gewerkschaften bei den Arbeitern zu diskreditieren. Letzteres ist ihnen allerdings nicht gelungen. In den meisten Versammlungen fielen die „Klassenkampf“-Strategen glatt ab oder erhielten das Wort überhaupt nicht. Ihre Parole, auch in Mansfeld Kampfleitungen zu wählen, wurde von den Arbeitern verächtlich. Selbst die kommunistischen Funktionäre erklärten, daß sie diesen Willen der KPD-Zentrale niemals mitmachen würden. Die Mansfelder Arbeiter haben einen viel zu gesunden Sinn, um sich von solchen unsicheren Elementen, wie sie die heutige KPD-Bezirksleitung darstellt, ins Spiel reißern zu lassen. Sie werden, wie bisher, nur unter Führung der Gewerkschaften die Lohnbewegung weiterführen!

Hohe Gewinne der Mansfeld A.-G. aus der Kupferhaufe. Was der Geschäftsbericht verkündet.

Die Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben hat es sich bei der Fertigstellung ihres vorjährigen Geschäftsberichts sehr leicht gemacht, die Öffentlichkeit über die gewaltigen Gewinne, die zweifellos aus den gestiegenen Kupferpreisen gemacht wurden, zu täuschen, indem sie diese Mehreinnahme andererseits für die gestiegenen Betriebskosten, vor allen Dingen durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie durch die Arbeitszeitverlängerung als aufgebraucht bezeichnet. Den Nachweis über die gestiegenen Betriebs- und Herstellungskosten im einzelnen bleibt sie allerdings schuldig, so daß man annehmen kann, daß diese Aufwendungen nur den Aufwand zur Verfertigung der wirklichen Mehreinnahme dienen sollen.

In dem Geschäftsbericht wird eine Mehreinnahme durch den Verkauf der Kupfer- und Silbererzeugung gegenüber 1927 von rund 600 000 M. angegeben. Daß diese Summe bei weitem nicht an die wirkliche Mehreinnahme heranreicht, ergibt sich schon aus dem Vergleich des durchschnittlichen Ertrages der Kupferproduktion von 1927. Betrag der durchschnittlichen Jahreserträge pro 100 Kg. Kupfer 1927 126,54 M., so stand er 1928 auf 140,58 M., so daß eine Steigerung von 14,01 M. pro 100 Kg. 1928 erzielt wurde. Multipliziert man diese Steigerung mit der Gesamtproduktion von 20 716 T., so ergibt sich eine reine Mehreinnahme durch den gestiegenen Kupferpreis von 2,9 Mill. M.

Bezeichnend für den Bericht ist, daß bei allen Produktionsarten der Mansfeld A.-G. zum Ausdruck gebracht wird, daß wohl Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen sind, daß diese Mehreinnahmen aber eigenartigweise jedesmal durch eine Selbstkostensteigerung wieder inhibiert werden. Bei einer solchen Berichterstattung ist es deshalb auch nicht wunder zu nehmen, daß die Abschlußergebnisse gegenüber dem Vorjahr (1927) sich nicht wesentlich geändert haben.

Aus dem Betriebsbericht ist zu entnehmen, daß die Kupfererzeugung aus eigenen Erzen 1928 20 716 T. gegenüber 21 268 T. 1927 und die Silbererzeugung 112 845 Kg. 1928 gegenüber 113 866 Kg. 1927 betrug. Das Zurückgehen der Kupfererzeugung ist darauf zurückzuführen, daß im vergangenen Jahre die durch den Abbruch der alten Hütten entstandenen Kupfererzschmelze im Berichtsjahre fehlten.

Die Erzeugung von Sulfatkupfer betrug 2400 T., Zinkoxyd 7056 T., kristallisiertem Zinkvitriol 698 T., Platin 128 Gr., Feingold 23,14 Kg., Schwefelsäure zu 60° B. 38 363 T. sowie Schlackenanteile 27,7 Millionen Stück.

Die Mechanisierung der Minergewinnung hat im Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht, so daß heute bereits 62 Proz. der Minern mit Abbau- und Bohrhammern gewonnen werden. Trotz der Verminderung der Strebhauerbelegschaft um 7 Prozent konnte die Schieferförderung von 582 700 T. im Vorjahre auf 600 050 T. gesteigert werden.

Auf den Hüttenbetrieben wurden verschiedene Neuanlagen errichtet, die teils zu Versuchszwecken sowie zur Verminderung der Herstellungskosten arbeiten. Das Kupfer- und Messingwerk war während des ganzen Jahres gut beschäftigt, so daß Erzeugung und Umsätze in Metallhalbzeug bedeutend gestiegen sind.

Der Auftragsbestand hatte sich gegenüber dem Vorjahr am Ende des Jahres verdoppelt und gewährleistet eine Beschäftigung von vier Monaten.

Die Förderung der Steinkohlenschichten bleibt mit 1,16 Mill. T. stabil, während die Kohlenförderung der Braunkohlengruben von 19,5 Mill. T. im Vorjahre auf 21,9 Mill. T. 1928 stieg.

Die Brütterherstellung erhöhte sich ebenfalls von 567 608 T. 1927 auf 670 020 T. 1928.

Trotz dieser teilweise ganz enormen Produktionssteigerung ist die Belegschaft weiterhin zurückgegangen. Sie betrug Ende 1927 etwa 28 000 und ging im Jahre 1928 auf 22 641 Mann zurück.

Über die Löhne sagt der Bericht, daß der Durchschnittslohn der Strebhauer von 7,56 M. 1927 auf 8,61 M. im Dezember 1928 gestiegen sei. Nicht gesagt wird aber, daß dieser Lohn nur von einem ganz geringen Teil der Belegschaft — etwa 2500 Mann — verdient wird. Auch die Angabe des Durchschnittslohnes für die Gesamtbelegschaft von 6,77 M. kann nicht darüber

Die Lohnbewegung in Mansfeld.

Die Mansfeld A.-G. ruft den Schlichter an.

Bei allen Lohnverhandlungen der letzten Jahre hat die Generaldirektion den Arbeitern das Versprechen gegeben, wenn die Preisverhältnisse auf dem Kupfermarkt sich bessern würden, sollten auch die höhere Löhne verdienen. Als nunmehr die Arbeiter auf Grund der ungeheuren Preissteigerung und der hundsmiserablen Löhne, die sie verdienen, Lohnforderungen stellten, erklärte sich die Mansfeld A.-G. auch heute noch außerhande, höhere Löhne zahlen zu können. Um den nach dieser Ablehnung einsetzenden Entrüstungsturm unter der Arbeiterschaft zu beschwichtigen, erklärte sich die Mansfeld A.-G. durch Ausschuss vom 25. Februar bereit, ab 1. März die vierprozentige Lohnerhöhung, wie sie im Schiedspruch vom 17. Januar vorgesehen war, zu zahlen. Dadurch wurde der Schiedspruch nur zum Teil erfüllt, andererseits sparte die Mansfeld A.-G. für zwei Monate die Lohnerhöhung. Von den Arbeitern wurde deshalb diese Lohnerhöhung einmütig als ungenügend abgelehnt.

Die Nachrichten, die bisher über den Geschäftsbericht der Mansfeld A.-G. in die Presse gelangten, lassen erkennen, daß der Mansfelder Kupferbergbau im vergangenen Jahre sehr gut wirtschaftet hat. Die Gesellschaft hat einen erhöhten Reingewinn erzielt, die Unkosten trotz der Rationalisierung um 100 000 Mark herabsetzen können und die Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um 750 000 Mark erhöht. Als Dividende werden wiederum 7 Prozent der Generalversammlung vorgeschlagen.

Außer einer Steigerung der Kupferproduktion sowie der Nebenprodukte ist man im letzten Jahre dazu übergegangen, zwei ganz neue, bisher in Mansfeld nicht erzeugte Produkte herzu-

stellen. Aus diesen neuen Produkten (Zinkoxyd und Zinkvitriol) dürfte der Gesellschaft eine nicht unbedeutliche Mehreinnahme zufließen. Ist deshalb das Geschäftsergebnis für 1928 recht günstig, so ist die finanzielle Lage der Gesellschaft durch die enormen Preissteigerungen der letzten Monate noch ganz bedeutend gebessert. Während 1927 der Kupferpreis pro 100 Kg. noch zwischen 130 bis 134 M. (1928: 140-148 M.) schwankte, steht er Anfang März 1928 auf 185,25 M., also eine Preissteigerung gegenüber 1928 von über 40 M. pro 100 Kg. Die Auswirkungen dieser kolossalen Preissteigerungen bedeuten Millionengewinne für die Mansfeld A.-G.

Bei dieser Sachlage ist es verständlich, wenn jetzt die Arbeiter durch ihre Organisation versuchen, sich ebenfalls auskömmliche Löhne zu erkämpfen. Das Argument der wirtschaftlichen Notlage schaltet bei der Mansfeld A.-G. vollkommen aus. Wenn jemand über Not klagen kann, dann ist es der Mansfelder Arbeiter. Dieser ist es, der heute noch mit einem Lohn von 5 bis 6 M. für eine neunstündige Tätigkeit in der Bleihütte nach Hause geht und für den „horrenden“ Lohn eine Familie von sechs und mehr Köpfen ernähren soll. Ein Teil der Arbeiter hat jetzt noch einen Tariflohn von 4,70 M., während Förderleute im Alter von 25-27 Jahren im Bräutigamgebinde 5,40 M. pro Schicht verdienen. Es gibt natürlich auch Arbeiter, die durch ungeheure Mühseligkeit höhere Löhne verdienen. Allgemein zählt aber die Mansfeld A.-G. die niedrigsten Bergarbeiterlöhne in Mitteldeutschland.

Die Lohnforderung von 15 Prozent, die von den Gewerkschaften eingereicht wurde, ist deshalb vollumfänglich berechtigt. In allen Belegschaftsversammlungen, die in letzter Zeit stattfanden, nahmen die Arbeiter Stellung zum Lohnkonflikt. Überall herrschte Einmütigkeit darüber: jetzt kann und muß die Mansfeld A.-G. höhere Löhne zahlen! Die auf der Salzbrunn-Konferenz beschlossene Kündigungssaktion wurde vorbehaltlos von den Arbeitern gutgeheißen. Nachdem die Arbeiter in den größtenteils überfüllten Versamm-

hinwegzusehen, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Arbeiter noch mit einem viel geringeren Lohn je Schicht nach Hause gehen muß. Ueber die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft unterrichtet die folgende Tabelle:

Table with columns for years 1926, 1927, 1928, 1929, 1930 and rows for various financial items like Einlagen, Dividende, Vorräte, etc.

Aus den obigen Bilanzstärken ist zu ersehen, daß die Anlagewerte auch im vergangenen Jahre einen bedeutenden Zugang, nämlich 6,47 Mill. M., erfahren haben, welche hauptsächlich auf die Neuanlagen auf dem Kupfer- und Messingwerk sowie ver-

schlechte Verbesserungen auf den Schächten und Stollen und des Braunkohlenwerks in Senftenberg zurückzuführen sind. Die Verschreibungen betrugen in 1925: 1,91, in 1926: 3,04, in 1927: 3,63, in 1928: 4,34 Mill. M. Von dem Dividende der Dollaranleihe wurden wiederum 250 000 M. abgeschrieben sowie 445 000 M. zurückgekauft. Die Verpflichtungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 2 Mill. M. vermindert, während die Vorräte von 9,33 auf 9,83 Mill. M. stiegen. Leider fehlt eine Spezialisierung dieser Vorräte. Wie wir aber von gut unterrichteter Seite erfahren, soll der übergroße Teil dieser Vorräte auf Metalle entfallen. Die allgemeinen Verluste sind von 6,21 Mill. M. 1927 auf 6,15 Mill. M. 1928 zurückgegangen. Nach Aussagen der Gesellschaft scheinen die 1,07 Mill. M. Verluste durch den Konkurs der chemischen Fabrik Johannthal schon ausgeglichen zu sein. Der Gesamtvertrag erhöhte sich von 12,67 Mill. M. 1927 auf 13,26 Mill. M. 1928, während der Reinertrag nur eine geringfügige Steigerung aufweist. Für das verfloßene Geschäftsjahr wird wiederum eine Dividende von 7 Proz. auf das Stammkapital sowie 6 Proz. auf das Vorzugskapital verteilt. Die Tantiemen für den Aufsichtsrat betragen 80 236,11 M. Aus dem vorstehenden Abschluß ist zu ersehen, daß die Mansfeld U. G. durchaus günstig dasteht. Die Kupferpreissteigerung wird im laufenden Geschäftsjahr noch eine viel höhere Auswirkung haben, da ja die Preissteigerungen seit Anfang dieses Jahres ganz beträchtlich sind. Es ist deshalb der Mansfeld U. G. durchaus möglich, auch den Belegschaftsmitgliedern aus diesen enormen Gewinnen ihren berechtigten Anteil zu gewähren.

berücksichtigen! Unsere wirtschaftlichen und kulturellen Interessen sind nicht Einzel-, sondern Kollektivinteressen. So ist auch das Gefühl ob der Unrechtmäßigkeit der Verteilung des Produktionsertrages eine innere revolutionäre Triebkraft, die ihren stärksten Ausbruch in der Organisation findet. Die kompliziertesten Zusammenhänge der Wirtschaft zu verstehen ist dem Arbeiter meist verweigert, aber er fühlt, daß er als Mensch vernachlässigt, von den Besitzenden überfordert wird. Dagegen bürmt sich sein natürlicher Menschenverstand auf. Dieses exotische Klassenbewußtsein, dieser Schrei nach mehr menschlicher Behandlung und das Zusammenfinden aller dieser Unterdrückten in einer Kampforganisation ist unbedingt ein bedeutender Kulturfortschritt. Gewaltiges ist schon im gemeinsamen Kampfe erreicht worden, doch Erhebliches noch gilt es zu erobern. Es gilt eine Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der nicht der Profit von einzelnen, sondern die Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft bestimmend sind. G. Sch.

Kapitalbildung — aber wie und wozu?

Die Unternehmer schreien in allen Tonarten nach größerer Kapitalbildung in erster Hand. Was heißt das? Nun, sie wollen größere Gewinne machen, um genügend Geld greifbar zu haben, wenn es sich notwendig erweist, die Produktionsanlagen (Fabriken, Schächte usw.) zu erneuern oder zu erweitern. Diese Erneuerungen und Erweiterungen (die immer notwendig und unumgänglich sind) müssen heute, so sagen sie, noch zu einem viel zu großen Teile von gepumptem Gelde vorgenommen werden. Sie versprechen dabei insbesondere auf die steigende Auslandsverschuldung (Amerikanerleihe). So weit mag das Argument der Unternehmer Berechtigung in sich schließen. Falsch aber ist der Weg, den sie gehen wollen, um zur Bildung von Eigenkapital zu kommen. Sie sehen nämlich diese Möglichkeit darin, daß sie möglichst niedrige Löhne und wenig Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen brauchen und dabei möglichst hohe Preise erzielen können. Daß diese Methode gerade das Entgegengesetzte zeitigen müßte, haben wir schon öfter bargelegt. Hier genügt schon der Hinweis darauf, daß gerade die Länder mit den höchsten Arbeiterlöhnen die stärkste Bildung von Eigenkapital aufweisen.

Die Unternehmern schreien in allen Tonarten nach größerer Kapitalbildung in erster Hand. Was heißt das? Nun, sie wollen größere Gewinne machen, um genügend Geld greifbar zu haben, wenn es sich notwendig erweist, die Produktionsanlagen (Fabriken, Schächte usw.) zu erneuern oder zu erweitern. Diese Erneuerungen und Erweiterungen (die immer notwendig und unumgänglich sind) müssen heute, so sagen sie, noch zu einem viel zu großen Teile von gepumptem Gelde vorgenommen werden. Sie versprechen dabei insbesondere auf die steigende Auslandsverschuldung (Amerikanerleihe). So weit mag das Argument der Unternehmer Berechtigung in sich schließen. Falsch aber ist der Weg, den sie gehen wollen, um zur Bildung von Eigenkapital zu kommen. Sie sehen nämlich diese Möglichkeit darin, daß sie möglichst niedrige Löhne und wenig Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen brauchen und dabei möglichst hohe Preise erzielen können. Daß diese Methode gerade das Entgegengesetzte zeitigen müßte, haben wir schon öfter bargelegt. Hier genügt schon der Hinweis darauf, daß gerade die Länder mit den höchsten Arbeiterlöhnen die stärkste Bildung von Eigenkapital aufweisen.

Die starke Zunahme der Kapitalbildung von unten

Ist sehr erfreulich, nicht nur aus sozialen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Die bei den Sparkassen ersparten Beträge fließen ebenso in die Produktion und dienen für die Erweiterung der Produktionsgrundlagen, wie die Kapitalien, die aus Profitten bei den Unternehmungen entstehen. Während aber die letzteren häufig Gewinne darstellen, die, wie wir schon anführten, zu Fehlanlagen, übermäßiger Ausdehnung der eigenen Unternehmungen, kostspieligem Aufkauf von anderen Unternehmungen und Kartellquoten verleiten, wird eine solche Verschwendung bei den Sparkasseneinlagen nicht vorzukommen, zumal diese bei dem heutigen hohen Zinsfuß der Kreditnehmer vor unüberlegten Anlagen zurückzusehen. Des weiteren werden die Gelder der Sparkassen, Sozialversicherung und Lebensversicherung vor allen Dingen zur Finanzierung des Wohnungsbauwerks herangezogen. Ohne diese Gelder könnten die für Wohnungsbau benötigten riesigen Summen — in den letzten zwei Jahren jeweils 3 Milliarden Mark — nicht beschafft werden, zumal die Aufnahme von Auslandsanleihen für Wohnungsbau bisher verhindert wurde. Endlich aber können die Sparkasseneinlagen auch zur Erleichterung der Absatzfragen, die infolge der Verminderung des Beschäftigungsgrades entstehen, beitragen. In Perioden der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden jene Ersparnisse zum Teil abgehoben und zur Steigerung des persönlichen Verbrauchs verwendet. Volkswirtschaftlich bedeutet das die Ueberleitung von Kaufkraft von den Produktionsmitteln — in die Verbrauchsgüterindustrie und in den Handel. Die Arbeitslosenunterstützung, welche im wesentlichen derselben Zweck dient, führt infolge ihrer niedrigen Bemessung den wirklichen Kaufkraft nur soweit zu, daß sie die dringendsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Lebensmittel, kaufen können. Deshalb kann die Stärkung der Kaufkraft der letzten Verbraucher durch Abhebung von Sparkasseneinlagen in Zeiten der Arbeitslosigkeit den Absatz gerade von Industrieartikeln, die den Gegenstand eines nicht starren, sondern von den Schwankungen der Kaufkraft stark beeinflussten Bedarfs bilden, erhöhen. Aus diesem Grunde ist also die Kapitalbildung von unten nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen von großer Bedeutung. Soll der Zuwachs an Sparkasseneinlagen auch in Zukunft anwachsen und in steigendem Umfang von Arbeitnehmern bestritten werden, so erfordert dies eine Lohn- und Gehaltspolitik, die den Arbeitnehmern die Zurücklegung von Ersparnissen ermöglicht.

Sparen oder versichern?

Nichts ist so dumm, es findet doch sein Publikum! An dies landläufige Sprichwort werden wir durch eine Abhandlung erinnert, die unter obiger Überschrift in Nr. 60 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 12. März 1929 veröffentlicht wurde. In besagter Abhandlung versucht ein von Unternehmern ausgehaltener Solbschreiber nachzuweisen, wieviel ein Bergarbeiter im Ruhrgebiet an Kapital ersparen könnte, wenn er die Beiträge, die er zur Sozialversicherung zahlt, auf die Sparkasse bringen würde. Wenn man bedenkt, daß gerade jetzt im Ruhrgebiet an die Tränenrinnen der Allgemeinheit wegen der Reinkrentner appelliert wird, so muß man feststellen, daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ ihre Leser sehr niedrig einschätzt, wenn sie ihnen solche Ratschen vorsetzt.

Daß den Bergarbeitern es nie leid tun kann, daß sie Beiträge in die Knappschaft gezahlt haben, das wird jedem begreiflich, wenn er sieht, welcher Nutzen ihnen daraus erwachsen ist. Weder das Sparen noch das Eingehen einer privaten Lebensversicherung bietet solche Vorteile wie die Knappschaftsversicherung. Die Aufwertung der Sparguthaben ist doch recht bürftig ausgefallen, und daß die private Lebensversicherung zum Teil noch weniger gibt, das geht aus einer Stellungnahme hervor, nach der einzelne Lebensversicherungsgesellschaften folgende Aufwertungen erst vorzunehmen gedenken (in Prozent):

Table listing insurance companies and their projected value increases in percent, such as Somburg-Mannheimer Versicherungs-A.G. at 9% and Deutsche Lebensversicherung, Potsdam at 10%.

Bei diesen Gesellschaften gibt es überhaupt keine Aufwertung. Die dort versichert Gewesenen haben alle ihre Notgroschen verloren. Während hier also die Aufwertung recht mager ist, hat die Knappschaft nicht nur auf volle 100 Prozent, sondern darüber hinaus zum Teil auf 250 Prozent die alten Pensionen aufgewertet.

Nehmen wir also den Fall an, daß vor 30 Jahren drei Menschen sich entschlossen hätten, für ihr Alter vorzusorgen. Der erste hätte zum Beispiel dem Grundbesitzer der „D. Bergw.-Ztg.“ gehuldigt und sein Geld zur Sparkasse gebracht; der zweite wäre eine private Lebensversicherung eingegangen und der dritte Mitglied bei einer knappschaftlichen Pensionskasse geworden, so würden sie heute sehr verschiedene Vorteile aus ihrer Vorsorge ziehen. Während der erste und der zweite nur mit einer Aufwertung von 12 bis 15 Prozent ihrer Notgroschen zu rechnen haben würden und deshalb auf die Armenfürsorge angewiesen wären, konnte das frühere Knappschaftsmitglied schonungslos seine Pension einfordern, die mehr als einmal höher ist als er sie durch seine früheren Beiträge verdient hat.

Das gilt aber nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Nur derjenige, dessen Schicksal mit dem Schicksal seiner übrigen Genossen verbunden ist, hat die beste Gewähr, daß es ihm nicht zu schlecht gehen wird, wenn die anderen, mit denen er in der Notgemeinschaft verbunden war, für ihn einstehen. Das ist der große Sinn der Sozialversicherung, die auf dem Grundsatz der gegenseitigen Hilfe aufgebaut ist. Die vernünftigen Arbeiter haben dies auch begriffen. Sie werden sich auch nicht durch das Geschreibsel bezahlter kapitalistischer Solbschreiber irreführen lassen.

Auch in der deutschen Volkswirtschaft spricht nichts dafür, daß eine Verwirklichung der Unternehmerabsichten eine Besserung in der Kapitalversorgung brächte. Im Gegenteil sind die deutschen Kapitalbildung ziemlich günstig steht und ihre Förderung nur durch eine weitere Förderung der gewerkschaftlichen Lohn- und Wirtschaftspolitik möglich ist. Wir sehen dabei ganz davon ab, daß zurzeit eine allzu starke direkte Kapitalbildung im Unternehmen für die Volkswirtschaft unter Umständen mehr Schaden als Nutzen bringen könnte. Die Kapitalien nämlich, die direkt aus Profitten im Unternehmen gebildet werden, finden zum großen Teile zurzeit Verwendung zu Fehlanlagen, zur übermäßigen Ausdehnung der eigenen Unternehmungen, zu kostspieligem Aufkauf von anderen Unternehmungen und Kartellquoten usw. Man denke nur daran, daß zurzeit die Leistungsfähigkeit (Fördermöglichkeit) im Ruhrbergbau nur zu 50 bis 60 Prozent ausgenutzt werden kann. Die Folgen sind Stilllegungen und Arbeiterentlassungen. Heute schon gibt es Neuanlagen im Ruhrbergbau, deren Vollanwendung berechnet und deren Konstruktion somit bestimmt wurde im Hinblick auf den zu erwartenden Ausfall der Braunkohle in ungefähr 30 Jahren! Wir wollen hier nicht rechten, inwieweit hier Auge Vorwärts und Nationalisierungswut mischeln, und nur daran insistieren, daß die sogenannte Kapitalbildung in der Form, wie sie die Unternehmer gegenwärtig propagieren, nur mehr oder weniger Bombard ist, um die öffentliche Meinung gegen die gewerkschaftliche Lohn- und Sozialpolitik aufzubringen.

Wie vorteilhaft aber gerade im Interesse der Kapitalbildung hohe Löhne

und gute Verhältnisse in der Sozialversicherung wirken, wollen wir nachstehend kurz aufzeigen. Freilich denken wir dabei an das Vorteilhafte für unsere Gesamtwirtschaft und nicht nur vom Standpunkte des Einzelunternehmens aus. Grunden, wie wir sie an dem Beispiel mit dem Ruhrbergbau, das sich auch in anderen Industrien leicht illustrieren ließe, anführten.

Für das abgelaufene Jahr 1928 wird allgemein angenommen, daß die Kapitalbildung sich ungefähr in den Grenzen des vergangenen Jahres hielt, sie wurde von verschiedenen Seiten auf etwa 9 Milliarden Mark geschätzt. Da ein sehr großer Teil der Kapitalbildung — vielleicht die Hälfte — auf die Gewinne entfällt, die nicht verteilt wurden, sondern bei den Unternehmungen bleiben und für deren Zweck verwendet wurden, diese Gewinne aber in den Bilanzen nicht erscheinen, so heißt die Schätzung der Kapitalbildung schon aus diesem Grunde auf große Schwierigkeiten. Schätzt man nun die Kapitalbildung des vergangenen Jahres auf 9 Milliarden Mark, so ist der Anteil der

Kapitalbildung von unten

an der gesamten Kapitalbildung außerordentlich groß. Der Zuwachs der Spargelder bei den Sparkassen (nach Abzug der Abhebungen) betrug in den ersten elf Monaten 1928 2048 Mill. Mark, im vierten Revisionsjahr 201 Mill. Mark. Dies bedeutet, daß der Zuwachs der Sparkasseneinlagen 1928 doppelt so hoch war wie im Durchschnitt der letzten fünf Vorkriegsjahre, was am so auffallender ist, weil in der Zeit der Einlagezunahme etwa zu 50 Proz. aus der nicht abgehobenen Zinsen der früheren Sparkasseneinlagen herrührt, während gegenwärtig die Zinsen für den Einlagezuwachs nur zu 10 bis 15 Prozent verantwortlich sind. Wenn auch der Einlagebestand und die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Einlagen heute noch kaum ein Drittel des Vorkriegsstandes ausmachen, so ist das Tempo der Einlagebildung, die erst seit der Stabilisierung der Mark begann, ein außerordentlich rasches. Daraus kommt die Kapitalbildung durch die Sozialversicherungsaufbauten, deren Einnahmen erheblich höher sind als ihre Ausgaben und die zur Erfüllung ihrer Aufgaben Vermögen sammeln. Im Jahre 1927 war der Anlagezuwachs bei der Sozialversicherung 624 Millionen Mark. Für 1928 ist die Statistik noch nicht veröffentlicht. Der Anlagezuwachs bei der privaten Lebensversicherung liegt in den ersten zehn Monaten des Jahres 1928 um etwa 260 Millionen Mark. Die Sparkasseneinlagen werden vom Mittelstand und von den Angehörten und Arbeitern aufgebracht. Die Vermögensbildung in der En-

Mensch und Wirtschaft.

Fast alle Zeitungen strotzen heute von Berichten über unsere Wirtschaft. Täglich liest man von Dividenden, Krisen, Bankrotts, Betriebsstilllegungen, Lohnkämpfen, Arbeiterentlassungen, Streiks usw. Von allem, was die Wirtschaft angeht, wird geschrieben, aber nur selten erwähnt man den Träger des Ganzen: den Menschen! Jede kleine Maßnahme und Neuregelung in der Wirtschaft wird sorgfältig abgemessen, ob sie auch tragbar sei, und wenn diese Veränderung zum Vorteile der Arbeiterschaft dienen soll, dann heißt es meistens: Die Belastung kann die Wirtschaft nicht ertragen! Inwieweit aber umgekehrt der Arbeiter neue Belastungen ertragen kann, scheint für die „Wirtschaft“ von untergeordneter Bedeutung zu sein.

Die Wurzel dieses Übels liegt in der privaten Interessenspolitik der kapitalistischen Wirtschaft. Bis auf kleine Ansätze fehlt unserer deutschen Volkswirtschaft noch jegliche Einheit und jegliches planmäßiges Produzieren. Es gibt nur eine Einheit und das sind die Privatinteressen einer bestimmten Gruppe von Menschen. Ob die hergestellten Waren zum Nutzen oder Schaden für die Menschheit sind, das spielt für die Unternehmer keine Rolle, die Hauptsache ist, daß guter Absatz und somit auch reichlicher Gewinn da ist. Damit hat für die heutige, die Produktionsmittel beherrschende Klasse die Wirtschaft ihren Zweck erfüllt.

Wenn wir den Begriff „Wirtschaft“ dem Inhalt nach richtig erfassen, dann sehen wir, daß darunter die planmäßige Verknüpfung der menschlichen Bedürfnisse zu verstehen ist. Auch sind hier Bedürfnisse Grenzen gesetzt und zwar durch die zur Verfügung stehenden Produktionsmittel. Alle Forderungen, ob geistiger oder materieller Art, dienen dazu, unsere Bedürfnisse zu befriedigen. So ist auch im weiteren Sinne die Volkswirtschaft ein von Menschen geschaffener Mechanismus, welcher zur Aufgabe haben soll, die Bedürfnisse der Menschen weitest zu befriedigen. Zur Befriedigung der Einzelinteressen der Unternehmer haben die Arbeiter ein mächtiges Kollektiv errichtet: die freien Ge-

Umfang der Staubkrankheiten im Ruhrgebiet.

Unter der Menge der schädlichen Einwirkungen, denen der Bergmann bei seiner gefährlichen Arbeit in der Grube ausgesetzt ist, zählt die Staublage nicht nur zu den besonders gesundheitsgefährlichen, sondern auch zu den besonders lästigen, die ihm die Arbeit widerwärtig machen. Welchen Umfang die gesundheits-schädliche Einwirkung des Steinstaubes auf die Bergarbeiter im Ruhrgebiet angenommen hat, geht aus folgender Aufstellung hervor. Danach waren bei der Ruhrknappschaft verzeichnet:

Table showing statistics on lung diseases (Erkrankungen an Gesteinstaublungen) and invalidations (Invaliderungen an Gesteinstaublungen) from 1926 to 1928.

Am 1. Januar 1929 waren insgesamt 2319 Invaliden wegen Steinstaublungen bei der Ruhrknappschaft vorhanden. Diese Steinstaubschädigungen sind in der Hauptsache auf das Arbeiten mit Bohrhammern im Gestein zurückzuführen. Inwieweit die Gesteinstaubkränkung zur Bekämpfung der Schlagwetter Staublungen veranlaßt hat, ist noch nicht feststellbar. Die Anerkennung der Steinstaublunge als Berufskrankheit war deshalb dringend notwendig, denn nur dann, wenn die Bergbauunternehmer für die Gesundheitsgefährdung der Bergarbeiter geldliche Opfer bringen müssen, werden sie der Steinstaubbekämpfung mehr Interesse als bisher entgegenbringen müssen.

Polens Kohlenbergbau.

II.

Der zweite Teil des Berichts der Enquete-Kommission befaßt sich ausführlich mit den Selbstkosten. Die Berechnung der Selbstkosten geschieht auf so mannigfache Art, daß ein einheitliches Kalkulationsbild auf den gesamten Kohlenbergbau überhaupt nicht anzunehmen ist. Jedes Unternehmen berechnet seine Selbstkosten nach seinem eigenen Schema. Manche Grubengesellschaften gaben auf den Fragebogen der Kommission höhere Selbstkosten an, als solche hernach von der Kommission persönlich ermittelt wurden. Die Differenz je Tonne ging dabei bis 1,52 Sloty. Vermutlich wollten die Unternehmer durch höhere Bewertung der Selbstkosten bei passender Gelegenheit die Notwendigkeit einer Kohlenpreiserhöhung begründen. Auf 49 durch die Kommission untersuchten Gruben ergaben sich für 1925 und 1926 erhebliche Unterschiede in der Höhe der einzelnen Selbstkostenwerte. Sie waren bedingt meist durch die geologischen oder organisations-technischen Verhältnisse. Danach betragen die Kosten pro gefördert Tonne (in Sloty):

	minimal	maximal
1925	11 bis 12	21 bis 23
1926	10 „ 11	22 „ 23

In Prozentzahlen ausgedrückt, hatten von den untersuchten Gruben 18,14 Proz. eine Selbstkostensumme von 10 bis 13 Sloty je Tonne, 43,49 Proz. von 13 bis 15 Sloty, 33,39 Proz. von 15 bis 17 Sloty und 4,98 Proz. über 17 Sloty.

Je größer ein Betrieb, desto mehr macht sich bezüglich der Geklebungsstellen eine deutliche Tendenz bemerkbar. Umgekehrt steigen sie in kleineren Betrieben. Größere Betriebe sind naturgemäß durch besseren technischen Ausbau viel leistungsfähiger. Im Durchschnitt betragen je Tonne die Selbstkosten einschließlich Sturzdifferenz und Amortisation 14,92 Sloty in 1925 und 16,22 Sloty in 1926, erhöhten sich also um 8,71 Proz. Die Selbstkosten zerfallen auf folgende Hauptpositionen:

	1925	1926
Löhne	44,83 %	40,88 %
Verwaltung	11,74 %	12,04 %
Betrieb	22,13 %	23,18 %
Amortisation	5,16 %	8,08 %

Die wichtigste Position innerhalb der Selbstkosten sind natürlich die Löhne. Der Lohnanteil betrug, wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, 44,83 Proz. in 1925 und 40,88 Proz. in 1926, ist also um 3,95 Prozent gesunken. Dazu kommen noch die Soziallasten (Urlaub und Versicherung) mit einem von 8,24 Proz. in 1925 auf 6,6 Proz. in 1926 gesunkenen Anteil.

Aus diesen Biffern geht hervor, daß der Lohnanteil auf einer überaus niedrigen Ebene steht. Das verdeutlicht am besten ein Vergleich mit den entsprechenden Biffern anderer Länder. Danach betrug 1926 der Lohnanteil in England 71,3, in Belgien 67,9 (Jahr 1924), in Holland 59,7, im Ruhrgebiet 59 und in Rußland (Doneszrevier) 57,2 Prozent.

In einem dagegen hat Polens Kohlenbergbau unbestrittenen Vorrang: in den Verwaltungskosten. Während sie nämlich in Doneszrevier nur 3,5 und in Holland 9,8 Proz. der gesamten Selbstkosten, in Deutschland und Belgien ebenfalls weniger betragen (für England liegen entsprechende Zahlen nicht vor), figuriert Polen mit 11,74 Proz. in 1925 und 12,04 Proz. in 1926. Höher auch als in anderen Ländern stehen die Kosten für Betrieb, darunter auch für Grubenholz, obwohl gerade Polen ein maßreiches Land ist und darum besonders billiges Grubenholz liefern könnte.

Aus vorstehenden Vergleichen ist somit zu entnehmen, in welchem Maße die polnischen Bergarbeiter von ihren meist landfremden „Vorgesetzten“ ausgebeutet werden. Letztere müssen in ihren Heimatländern — England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Nordamerika — ihre Bergarbeiter bedeutend besser entlohnen, als sie dies gegenüber dem polnischen Bergarbeiter für nötig befinden. Das will heißen, daß der polnische Kohlenbergbau nur auf dem Boden einer enormen Verelendung von 125 000 Grubenkläben leben und gedeihen kann.

Im Jahre 1925 hatte der Kohlenbergbau nach Feststellungen der Kommission einen buchmäßigen Verlust von 33 Mill. Sloty, wovon etwa 17 Millionen auf den Titel „Amortisation“ entfielen. Trotzdem rechnet die Kommission den Kohlenbergbau zu den rentierlichen Industrien, denn schon das folgende Jahr 1926 schloß mit einem Nettogewinn von 15 Millionen und einem Bruttogewinn von 50 Millionen ab, wovon die Amortisation etwa 36 Millionen beanspruchte. Das Jahr 1927 war gleichfalls mit annehmbarbarem Gewinn gefegnet.

In den ersten Nachkriegsjahren (November 1918 bis Oktober 1921) wurde der Kohlenhandel durch den Staat geregelt. Beschlagnahme, Zwangszuteilung und Preise der Kohlen erfolgten durch staatliche Maßnahmen. Die Reviere Dombrowa und Kratau konnten den inländischen Bedarf nicht im entferntesten decken, weshalb Polen bedeutende Mengen aus Deutschland und der Tschechei einführen mußte. Am 1. Oktober 1921 entließ sich der Staat des Rechtes der Beschlagnahme. Er behielt aber noch das Recht auf Einfuhrkontrolle. Mit dem 15. Juni 1922, als ein Teil von Oberschlesien an Polen fiel, konnte nunmehr letzteres hinsichtlich der Steinkohle als Ausfuhrland firmieren, wogegen es bis zu jenem Tage auf Einfuhr angewiesen war.

Die Einfuhr bis Juni 1922 wurde hauptsächlich aus der Tschechei (Revier Karwin) und aus Oberschlesien bezogen. Ostrau-Karwin lieferte

1919	669 629 To.
1920	465 287 „
1921	122 573 „

Die Einfuhr aus Oberschlesien basierte auf dem in Berlin am 19. Oktober 1919 abgeschlossenen Vertrag, wonach Deutschland monatlich 75 000 Tonnen gegen Nahrungsmittel zu liefern hatte. Später wurde die Quote auf 250 000 To. erhöht, konnte aber von Polen infolge Waggomangels und sonstiger Verkehrsschwierigkeiten nicht abgenommen werden. Die Einfuhr aus Oberschlesien, die auf etwa 40 Proz. der damaligen inländischen Produktion zu beziffern war, betrug

1919 (3 Monate)	129 214 To.
1920	2 549 220 „
1921	2 465 408 „

Die ober-schlesischen Werke sind in der bekanntesten ober-schlesischen Kohlenkonvention von 1898 kartelliert, die auch die Preise und den Absatz regelt. Die Werke der Reviere Dombrowa und Kratau gründeten 1925 für ihre Gebiete ebenfalls eine Kohlenkonvention. Beide Konventionen führten dann erbitterte Kämpfe um den Absatzmarkt. Obwohl die ober-schlesischen Gruben in diesem Wettlauf Sieger blieben, erfolgte im Juli 1925 die Vereinigung der beiden Konventionen zu einer Allgemeinen Polnischen Kohlenkonvention, die am 1. September 1927 ihren Vertrag um weitere drei Jahre zwei Monate verlängerte und dabei fünf neue, noch außenstehende Grubengesellschaften ihrem Machtbereich einverleibte. Fast die gesamte Kohlenproduktion (96 Proz.) unterliegt nunmehr ihrer Verfügungsgewalt.

Der Zweck der Allgemeinen Polnischen Kohlenkonvention besteht darin, die „ungesunde Konkurrenz im Kohlenabatz zu selbstigen und zu verhindern“. Diesen Zweck will die Konvention auf 3. a. erreichen 1. durch Verteilung des Verkaufskontingents auf gewisse Absatzmärkte, 2. durch Festlegung der Preise, der Liefer- und Zahlungsbedingungen, 3. durch Bekämpfung der Außenvertriebe. Was im kapitalistischen Jargon die Begriffe „ungesunde Konkurrenz“ und „Außenvertrieb“ bedeuten, braucht nicht näher erläutert zu werden. Kontingentiert sind folgende Absatzmärkte: Polen und Danzig (Inland), Desterreich, Ungarn, Tschechei und Deutschland (Ausland). Vom Gesamtkontingent entfallen auf Oberschlesien 74,16 Proz., auf Dombrowa und Kratau 25,84 Proz. Trotzdem spielen sich nach dem Bericht zwischen den beiden Unterkonventionen unaufhörliche Wettbewerbskämpfe ab, indem insgeheim „vertrauliche Rabatte“ gewährt und „Interessengemeinschaften“ zwischen den einzelnen Gesellschaften vereinbart werden. Auch wird vermutet, weil es sich infolge des unwürdigen Buchungssystems nicht feststellen läßt, daß die Gewinne höhere Summen erbringen, die aber zum Teil durch verschiedene Kanäle in die mit den Grubenkonzernen verknüpften Handelsfirmen fließen. Mit den Verwaltungskosten dagegen werden die Grubengesellschaften ungeteilt belastet. Daß diese Kosten dann notwendigerweise hoch sein müssen, mag schon aus dem einen Beispiel erhellen, daß 1926 drei Direktoren eines Konzerns allein eine Lohntieme von 245 000 Sloty einstreichen durften.

Der Kohlenverkauf erbrachte einen Gesamterlös von 274 Mill. Sloty in 1925 und von 434 Mill. Sloty in 1926 oder einen Mehrerlös von 160 Millionen. Die Konkurrenzschlacht mit England auf Kosten der inländischen Verbraucher hat danach gute Binsen getragen! Unter Berücksichtigung aller Kohlenarten liegt der Durchschnittspreis je Tonne von 14,30 Sloty in 1925 auf 17,68 Sloty in 1926. Die Kohlenpreise der Jahre 1925-26-27 erfordern fast in jedem Monat eine gewisse Schwankung. Wenn sie mal um ein Geringes zurückgingen, dann holten sie ihren

Aufstieg im nächsten Monat doppelt ein. Auf drei Gruben, die mit den Buchstaben W, Y und Z bezeichnet werden und für den Preisstand als Beispiele dienen sollen, ergab sich für Juni des jeweiligen Jahres folgendes Preisbild je Tonne (in Sloty):

	1925		1926		1927	
	Inland	Ausland	Inland	Ausland	Inland	Ausland
Grube W	15,13	16,03	14,26	26,26	18,88	24,90
Grube Y	13,84	15,08	21,06	16,89	18,46	21,58
Grube Z	10,14	14,10	11,65	13,59		16,74

Im Jahre 1926 war die englische Bergarbeiterausfuhrung. Die polnischen Grubenbesitzer besitzten ihren englischen Kollegen einige fette Bissen vom Weltkohlenmarkt abzutragen. Aus den Biffern der Grube Y ist deutlich zu ersehen, mit welcher Waffe sie in den Konkurrenzlampf hinausgingen, nämlich: Preissteigerung im Inlande — Preisunterbietung im Auslande! Während sie ihren eigenen Landsleuten horrenden Preise abnahmen, verschleuderten sie die Kohle nach den nächstgelegenen englischen Absatzmärkten für etwa halben Inlandspreis, sofern man die Frachtkosten abrechnet. Für letztere mußten eben die inländischen Verbraucher aufkommen. Den ganzen Konkurrenzkampf des Jahres 1926 mußten demnach die wenig finanzkräftigen Kohlenverbraucher innerhalb der Republik Polen bezahlen. Das nennt man „Schutz der nationalen Arbeit!“ Zudem stellt die Enquete-Kommission fest, daß nach den Berechnungen des Eisenbahnministeriums die staatlichen Eisenbahnen 1926 um etwa 20 Millionen Sloty geschädigt wurden, und zwar dadurch, daß sie für die Fracht nach dem Ostseegebiet Öbungen nur 7 bis 9 Sloty je Tonne erhielten, jedoch 10 Sloty je beförderte Tonne Selbstkosten hatten. Weiter wird gesagt, daß zur Zeit des englischen Konflikts eine sehr lebhaft ausgeführte nicht nur über Öbungen, wo über 4 Mill. To. Kohlen verfrachtet wurden, sondern vor allem auch über Stettin und Hamburg. Hier wird also bestätigt, woher die sogenannte Streikbruchkohle kam. Sie hätte in noch größeren Mengen auf den englischen Absatzmarkt geworfen werden können, wenn in Polen selbst nicht ein bedeutender Mangel an rollendem Transportmaterial vorhanden gewesen wäre. Trotzdem erzählen die Moskowiter immer wieder das alte Märchen, die Streikbruchkohle sei nach England „nur durch den Verrat der deutschen Reformisten“ eingeführt worden!

Zwei Urteile des Landesarbeitsgerichts Köln.

Wer ist am Landesarbeitsgericht arbeitgeberfreundlich eingekelt?

Im linksrheinischen Braunkohlenrevier haben wir die Rheinische Aktiengesellschaft. Es ist die größte Gesellschaft des Reviers, die sich gern der Öffentlichkeit gegenüber mit dem Mantelchen sozialer Liebe umgibt. Um so brutaler aber geht man in den einzelnen Betrieben gegen die Arbeiterschaft vor. Im linksrheinischen Braunkohlenrevier bearbeitet der größte Teil der Arbeiter noch ein Stückchen Land, um sich das notwendige Gemüse für den Haushalt zu ziehen. Der niedrige Lohn, den die Rheinische A.-G. trotz der hohen Gewinne, die sie erzielt, zahlt, zwingt die Arbeiterschaft hierzu. Ein Arbeiter aus Fischchen, der mit seiner Familie (vier Erwachsene) etwas mehr als dreiviertel Morgen besitzt, schickte seine Ueberflüsse, welche er nicht selbst verbraucht, zum Kölner Markt. Kurzfristig, wie man in der Rheinischen A.-G. nun einmal ist, zog Herr Direktor Werkenkamp (Grubewert) diesem Arbeiter die tägliche Kopfpulage von 20 Pf., welche ihm laut Tarifvertrag zusteht, ab, mit der Begründung, daß seine Frau einen Erwerb hätte. (Nach dem Tarifvertrag wird die Zulage nicht gezahlt, wenn die Ehefrau einen Erwerb hat.) Der Arbeiter klagte beim Arbeitsgericht auf Zahlung der Zulage. Ein Angestellter des Bergbauindustriearbeiterverbandes, dessen Mitglied der Kläger war, hatte die Vertretung übernommen. Das Arbeitsgericht entschied, daß die Zulage weiter zu zahlen sei, weil ein Erwerb im Sinne des Tarifvertrages nicht vorliege. Das Urteil wurde aber berufsungsfähig erklärt. Die Rheinische A.-G. legte auch tatsächlich Berufung ein. Sie war anscheinend mit der ersten Blamage beim Arbeitsgericht noch nicht zufrieden, sie wollte unbedingt sich eine zweite beim Landesarbeitsgericht holen, was ihr auch gelungen ist.

Um nun aber auch Beweise zu haben, daß die Frau einen Erwerb ausübte, und wieviel „Koppeköpfe“ sie zum Markt bringen würde, schickte die Rheinische A.-G. einen Beamten nach Fischchen. Dieser setzte sich tagelang in das Haus des Nachbarn, um von hier aus seine Feststellungen zu machen. Man ließ sich die Sache also mehr kosten, als die Kopfpulage für Jahre ausmachte. Über trotz aller „Feststellungen“ konnte auch das Landesarbeitsgericht nicht anders entscheiden und mußte das Urteil des Arbeitsgerichts bestätigen. Der Vorsitzende sagte in seiner Begründung, daß es sogar zu begrüßen sei, wenn die Arbeiter ihren Mehrertrag, den sie nicht selbst verbrauchten, zum Markt schickten. Das Landesarbeitsgericht schloß sich in seiner Begründung der Auffassung des Arbeitsgerichts an und wies die Beklagte kostenpflichtig ab. Unverständlicherweise wurde das Urteil aber, trotzdem der Streitwert nur 23 Mark betrug, reviditionsfähig erklärt.

Dieselbe Rheinische A.-G. verkauft auf der Grube Loutise an ihre Arbeiter für einige Groschen leere Blechtrömmeln. So z. B. wurden abgegeben: Karbid-, Legnatrontrömmeln und Dellkannen. Letztere wurden sogar, weil sie für die Grube keinen Wert hatten, an die Arbeiter verchenkt. Ein Betriebsratsmitglied hatte nun auch um eine derartige Trömmel gefragt und nach Zulage eine Dellkanne mitgenommen. Aber hier konstruierte man Flug eines Diebstahls und man hatte einen Grund gefunden, ein unliebsames Betriebsratsmitglied freilos zu entlassen. Man sagte nämlich, daß der Magazinarbeiter, welcher bisher diese Trömmeln verkauft hatte, kein Recht hätte, auch Dellkannen zu verkaufen, und das Betriebsratsmitglied hätte sich die Kanne widerrechtlich angeeignet. Als daselbst beim Arbeitsgericht Klage erhob, stellte die Rheinische A.-G. beim Staatsanwalt Strafantrag wegen Diebstahls. Am 20. Juni 1928 fällt das Amtsgericht Kerpen nachstehendes Urteil: „Der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.“

In der Begründung wird gesagt: „Die Beweisaufnahme hat keinen genügenden Anhalt dafür ergeben, daß der Angeklagte sich die Dellkanne benutzungsrechtlich angeeignet habe. In sich pflegt im allgemeinen ein Diebstahl mit einer gewissen Heimlichkeit begeben zu werden. Eine solche hat aber der Angeklagte nicht walten lassen, vielmehr hat er sich mit Grünbeck, der zum Verkauf von leeren Trömmeln befaßt war, sowie mit Klütch in den Keller begeben und ihnen die Kanne, welche er erwerben wollte, gezeigt mit den Worten: „Da steht das Ding!“ Da hierauf keiner der beiden dem Angeklagten anmerkte, daß er die Kanne nicht kaufen könne, insbesondere Grünbeck nicht, der unter Trömmeln etwas anders verstand als der Angeklagte, so mußte sich in diesem die Ueberzeugung festsetzen, daß dem Erwerb der Kanne nichts im Wege stände. Dafiir, daß er nicht die Absicht hatte, die Kanne sich unrechtmäßig zu verschaffen, spricht auch seine Frage an anderen Morgen an den Zeugen Grünbeck, ob er den Verkauf dem Magazin gemeldet habe (wegen des Preises), worauf der Zeuge ihm erwiderte, das könne er nicht. Der Angeklagte war hiernach als nicht überführt freizusprechen.“

Der Staatsanwalt hatte selbst einen Freispruch beantragt und man hätte meinen sollen, daß das Arbeitsgericht sich diesem Urteil angeschlossen hätte. Aber weit gefehlt! Beim Arbeitsgericht wurde dann ein neues Moment konstruiert, und zwar soll Sachbeschädigung vorliegen, weil der Kläger der Kanne, um sie für seine Zwecke gebrauchen zu können, den Hals abgeschlagen hätte. Unverständlicherweise ging das Arbeitsgericht darauf ein und bestätigte die Entlassung. Der Kläger legte Berufung beim Landesarbeitsgericht ein und hier ergab sich folgendes: Der Hauptbelastungszeuge, Betriebsführer Wolter, der auch die Entlassung ausgesprochen hatte, erklärte als Zeuge, „daß der Kläger nicht wegen der Kanne, sondern wegen seiner Diebstahlsfähigkeit entlassen worden sei.“ Also auch dieser Zeuge hielt den Wert der Kanne für so gering, daß er erstens in dem Mitnehmen keinen Diebstahl sah, und zweitens, daß das Mitnehmen der Kanne nicht die wirkliche Ursache für die Entlassung war. Aber trotz alledem entschied auch das Landesarbeitsgericht, daß diese Entlassung zu Recht bestehe. Dem Arbeitsgericht sowohl wie dem Landesarbeitsgericht war bekannt — und es wurde von beiden auch ausdrücklich betont —, daß kein Diebstahl vorliege.

Zu diesen beiden Urteilen ist noch etwas Grundfäßliches zu sagen. Beide Urteile wurden gefällt unter Vorbehalt des Herrn Landgerichtsdirrektors Dr. Wirs. Wir haben schon herausgestellt, daß die Ursache für die Entlassung des Betriebsratsmitgliedes nach Aussage des Zeugen W. nur seine „Diebstahlsfähigkeit“ war. Nachdem dieser Zeuge diese Aussage gemacht hatte, war kein Mensch mehr im Saale, der nicht glaubte, daß das erste Urteil aufgehoben würde. Sogar der Vertreter der Rheinischen A.-G. gab den Prozeß als verloren. Er sagte wörtlich, nachdem das Gericht zur Beratung abgetreten war, zu seinem Gegner: „Na, haben Sie mal einen billigen Prozeß gewonnen!“ Hier ist doch die Frage aufzuwerfen: Seit wann kann ein Betriebsratsmitglied wegen seiner „Diebstahlsfähigkeit“ freilos entlassen werden? Wo ist die gesetzliche Grundlage für diesen Begriff? Soll das der Schutz sein für Betriebsratsmitglieder, die dem Arbeitgeber unliebsam geworden sind, weil sie ihre Pflichten getan haben?

Noch eine weitere Frage: Warum wurde das erste Urteil betreffend Kopfpulage, welches gegen den Arbeitgeber ausgefallen war und wo der Sachverhalt ganz klar war, ohne Antrag für reviditionsfähig erklärt? Warum wird das zweite Urteil, welches gegen den Arbeiter gefällt wurde, nicht für reviditionsfähig erklärt, obwohl hier der Antrag gestellt wurde? Warum diese widersprechende Einstellung? Hier könnte man die Umfassung gewinnen, daß die Frage in der Ueberschrift ihre Antwort finden würde.

Lehrhauer und Gedingeschlepper haben Anspruch auf den vollen Mindestlohn.

Im Ruhrbergbau entbanden eine Anzahl Streitfälle dadurch, daß die Arbeitgeber in Fällen, wo eine Kameradschaft nur Anspruch auf den Mindestlohn hatte, den Gedingeschleppern und Lehrhauern den Prozentsatz nach I A Biffer 2 und 3 der Lohnordnung machte. Diese Auslegung konnte nach Ansicht der Organisation im Wortlaut der Tarifverträge keine Stütze finden. Demnach vermittelten eine große Anzahl von Ruhrzechen diese Auslegung in der Praxis. Die Folge war eine Anzahl Prozesse, von denen zwei bis zum Reichsarbeitsgericht gingen. Die Verhandlung der anderen bei den Arbeitsgerichten anhängig gemachten Prozesse wurden bis nach Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ausgesetzt.

Das Arbeitsgericht Bochum hat als erstes Gericht sich mit dieser Streitfrage zu befassen gehabt und zugunsten des Lehrhauers entschieden (Urteil vom 8. Mai 1928 — 4 A C 413-414/28). Das Landesarbeitsgericht Dortmund bestätigte diese Entscheidung (Urteil vom 14. August 1928 — X. S. 143/28). In gleichem Sinne entschieden das Arbeitsgericht Essen (Urteil vom 21. Mai 1928 — 3 A C 813/28) und das Landesarbeitsgericht Essen (Urteil vom 11. Juli 1928 — LAS. 105/28).

Gegen die Berufungsurteile wurde von dem Vertreter der Arbeitgeber, dem Syndikus des Zechenverbandes, Dr. Mansfeld, Revision eingelegt. Nunmehr hat auch das Reichsarbeitsgericht sich der von uns vertretenen und im Tarifvertrag klar zum Ausdruck gelangenden Auslegung angeschlossen (Urteil vom 9. März 1929 — RAG. 436/28).

Es bleibt also dabei: Gedingeschlepper und Lehrhauer haben Anspruch auf den vollen Mindestlohn.

Haus und Leben

Arbeit als Dienst für Menschentum.

Ihr Mißbrauch durch das Kapital.

Die Nationalisierung der Wirtschaft hat uns die Frage nach dem inneren Sinn der Arbeit näher gebracht. Als die kapitalistische Entwicklung der Wirtschaft vor Jahrzehnten begann, da kam diese Entwicklung der arbeitenden Masse als organisatorisches Streben nach Wahrung ihrer wirtschaftlichen Rechte zum Ausdruck, nach Schutze ihrer Existenz, nach sozialem Einkommen und gerechter Teilnahme am Arbeitsertrage.

Darin lag letzten Endes auch ein ethischer Sinn, denn es galt ja, das Recht zu wahren und der einseitigen wirtschaftlichen Ausbeutung gegenüber die Gerechtigkeit. Je mehr die gewerkschaftliche Bewegung damit mit ihrem Massenwachen zugleich in den gewerkschaftlichen Gedanken selber wuchs, um so deutlicher trat neben den materiellen Interessen, die da zu hüten waren, auch die Kultur des Arbeitgedankens in die Erscheinung, das Streben nach einer Durchgestaltung der Massen, die Erziehung zu einem neuen Menschentum, und als letztes Ziel leuchtete die neue brüderliche Arbeit, die in einer Gemeinschaftsordnung einmal von freien Menschen als Dienst für freie, brüderliche Menschen zu leisten war.

So wurde der Arbeitgedanke durch die gewerkschaftliche Bewegung neu geachtet. Die Arbeit soll neue Würde haben. Sie soll ein menschliches Bedürfnis nach Tat, Leistung, Gestaltung, Wert, Freude befriedigen. Aus der Arbeit wurde die menschliche Entwicklung. Die Arbeit ist das Element, das das ganze Leben der Menschheit zusammenhält. Ohne die Arbeit, die in Jahrmillionen geworden, kann Leben nicht sein. Damit ist die Arbeit ein Stück unserer inneren Lebensnotwendigkeiten geworden. Zum echten Menschen gehört das Bedürfnis, zu schaffen, weil das Bedürfnis nach Leben, nach Entwicklung, nach weiterer Aufwärtsbewegung der Welt in ihm steckt.

Dieses in menschlicher Tiefe wurzelnde Bedürfnis nach Schaffen wird jedoch entstellt und verzerrt, wenn die Arbeit aus dieser menschlichen Tiefe entzerrt und zum rein äußerlichen Geschehen herabgewürdigt wird, wenn nur der Kopf arbeitet oder die Hand und die Verbindung fehlt, die die Arbeit mit der Tiefe menschlichen Lebens hat, mit dem inneren menschlichen Glück, mit dem sittlichen menschlichen Wollen.

Diese Verbindung ist aber niemals ungetrübt und rein möglich, wenn die Wirtschaft von einer Klasse von Menschen getragen wird und die andere Klasse bestimmt ist, den wirtschaftlichen Interessen dieser herrschenden Klasse zu dienen. Diese Verbindung kann aber auch dann nie vollkommen sein, wenn der Mensch, gleich in welcher Wirtschaftsordnung, nur zu mechanischer Arbeit gezwungen wird, bei der er kein echtes, naturgewordenes, innerliches menschliches Schaffensstreben nicht in sein Werk legen kann.

Die kapitalistische Entwicklung hat den Menschen nicht nur von seinen Produktionsmitteln getrennt. Die kapitalistische Maschine hat den Menschen auch getrennt von seinem Arbeitsmaterial, in das er bisher durch seine Hand sein inneres Gestaltungsbedürfnis hineingesetzt. Die Intellektualisierung einseitiger Art und die Maschinisierung haben uns die Bedeutung der Hand vergessen lassen und ihrer Kultur und ihrer geistigen Bedeutung.

Durch die Hand bringt der bildende Künstler seine Seele zum Werk. Er hat das starke Bedürfnis nach Führung des Pinsels, des Meißels. Es lebt ihm in der Hand. Da in der Hand steckt ein Stück seiner Seele. Und was wir da beim Künstler so aus-

geprägt finden, das ist nichts als die besondere Erscheinung einer allgemeinen menschlichen Regelmäßigkeit. So ist der Mensch. So steckt da beim echten Menschen, der noch unverdorben von der einseitigen Mechanisierung und dem einseitigen Intellektualismus des heutigen Lebens ist, in der Hand der Zwang nach Formung, nach persönlichem Wert, nach ureigener Entfaltung.

Durch die Hand wurde dem Menschen das Erleben des Materials. Durch die Hand führte er aus dem Arbeitsstoffe heraus die Notwendigkeit der Art seines Werkes. Das Gefühl der Materialität, für künstlerische Sachlichkeit, das Miterleben des Steins, des Metalls, des Holzes, das wurde durch die Hand. Und wir verarmen in unserem tiefsten menschlichen Wesen, in unserer künstlerischen, kulturschöpferischen Art, wenn die Maschine uns dieses lebendige Stofferleben der Hand und dieses Formgefühl der Hand nimmt. Erstirbt die Seele der Hand, dann werden wir weder große Künstler hervorbringen, noch ein Geschlecht, das zum Macher, erleben großer Kunst fähig ist. Wir kommen durch Intellektualismus und Maschinisierung in die Gefahr der Entzerrung künstlerischen Fühlens und der Verödung des Arbeitsinns.

Da sind manche mit der Rationalisierung und Mechanisierung der Arbeit zufrieden. Sie erhalten ihren Lohn und können vielleicht auch bei der Arbeit Unterhaltung pflegen. Das genügt manchen. So haben es freiwillige Meuterungen und Umfragen, die wir in der neuen Literatur finden, gezeigt.

In dieser Weise hat die Mechanisierung des kapitalistischen Wirtschaftslebens also schon gewirkt! So hat sie das echte Arbeitsgefühl erstickt! Arbeit für das Einkommen und der Mensch nichts als ein Rad im Maschinensaal.

Die Maschine hat natürlich ihre Kulturbedeutung. Sie erhebt den Menschen über Raft und Mühsal hinaus. Sie macht ihn zum König seines Reiches. Sie ist für die hygienische Produktion unentbehrlich. Aber der Maschine müssen Grenzen gezogen sein. Die Maschine hat das Skelett der Produktion zu schaffen, und es muß der menschlichen Betätigung, diesem Arbeitsbedürfnis der Hand Freiheit bleiben zur Entfaltung.

Wie? Wer kann von heute auf morgen die Möglichkeiten der Entwicklung künden in dieser sich überhaltenden Zeit? Und auf eine Formel läßt sich dieses tausendfach gestaltete moderne Arbeitsleben auch nicht bringen. Doch den Gedanken gilt es im Zeitalter der Nationalisierung und des laufenden Bandes zu erkennen und als Kulturgut zu hüten: Arbeit ist nicht nur das Spielzeug von Maschinen. Zur Kultur des Menschen gehört die Befriedigung des ewigen Gestaltungsbedürfnisses des Menschen durch seine Hand. Die Hand bindet das Sinn, das Herz mit dem Leben.

Einer Verbindung von Industrialismus und Kunstgewerbe eröffnet sich eine weite Perspektive. Und eine Sehung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Massen eröffnet den Blick in eine neue künstlerische Kultur. Solange noch alles billig sein muß, da triumphiert die Maschine. Aber wenn Massen Mittel haben, dann beginnt wirtschaftlich die Möglichkeit, die Maschine anzuhalten, damit sie auch für die Hand und ihr Schaffensbedürfnis den Stoff gibt. Und eine kulturelle Gestaltung des Arbeitslebens

wird dann Maschinenarbeit und menschliches Werk harmonisch verteilen, und wir werden in unserer Umwelt wieder die Menschen fühlen, in all den Werken, die uns umgeben, die lebendige Hand und das warme Herz eines Menschen. Menschliche Seele werden alle Werke atmen. Ohne dieses neue Ethos der Arbeit wird niemals sein das Erleben des Lebens, das Erleben von großer Kultur als des Produktes freier, durchgeleiteter, menschenpersönlicher Arbeit.

Die Vermählung von Kopf- und Handarbeit, die von Bebel ja besonders deutlich und dringlich als das Ziel der Entwicklung hingestellt wurde, diese Verbindung von Kopf und Hand wird in einer neuen kulturellen Verteilung der Arbeit auch eine Vermählung von Maschinen- und Handarbeit mit sich bringen. Wie im „Faust“ ergreifen schon heute große Massen von Kopf- und Maschinenarbeitern den Spaten, und die Gartenarbeit, diese den Menschen so liebe, zeigt, wie dem Menschen das Bedürfnis nach freier Arbeit durch die Hand angeboren ist.

So betrachtet, erscheint die Arbeit immer mehr als das Kernstück wahrer Kultur, der gewerkschaftliche Gedanke als Kernstück großartiger menschlicher Kulturbefreiung. Dr. Gustav Hoffmann.

Die Strafarbeit.

Wie kann Arbeit zur Strafe werden? Arbeit, durch die das Menschensgeschlecht zu dem geworden, das es ist. Arbeit, ohne die ein Zusammenleben von Menschen niemals sein kann. Arbeit soll Strafe sein?

Aber Schulen kennen noch immer die Strafarbeiten. Zur Strafe müssen Kinder oft Arbeit tun. Nicht zum Lernen, zum Begreifen, nicht zur Klarheit sollen sie Arbeit leisten. Nein, ausdrücklich wird die Arbeit Arbeit zur Strafe genannt. Ja, es ist wahr, daß sich die jeweilige Wirtschaftsordnung bis in die feinsten Kulturercheinungen hinein spiegelt.

Wie entwürdigt solche ein Verlangen den Begriff, den die Arbeit hat! Wie weckt solche Arbeit zur Strafe im Kinde das Gefühl des Hasses, das Gefühl der Empörung gegen das, was man da Arbeit nennt, während die Schule erziehen sollte zu höherer Ehrfurcht vor Arbeit, daß die Menschen im Leben dann später für Arbeit kämpfen, für die freie Arbeit und das soziale Arbeitsrecht. Aber die Gesellschaft weiß, was sie tut.

Wir können nicht vorbeistehen an den Erscheinungen, die das Leben dieser Wirtschaftsordnung bilden. Der neue Arbeitsgedanke trägt eine revolutionäre Energie in sich. Er greift über das Leben des Brotes in das der Kultur. Das ganze Dasein muß bis in die Einzelheiten hinein in sozialem Sinne gestaltet sein. Und die Schule ist ein Kernstück dieses großen Gestaltungslebens. Erobern wir die Schule für uns, dann erobern wir sie auch für die neue Arbeit und die neuen Menschen.

Die Stunde naht, wo niemand im Lande von der Aufrechterhaltung des Privateigentums wird sprechen können, ohne sich lächerlich zu machen und ohne sich selbst das Kennzeichen eines ganz untergeordneten Geistes anzubekken. Was heutzutage unter der Bezeichnung „Privateigentum“ herrscht, ist ein Klasseneigentum; nicht an der Aufrechterhaltung, sondern an der Abschaffung dieses Klasseneigentums müssen mit unaufrichtiger Anstrengung alle diejenigen arbeiten, die den Fortschritt der Demokratie in ökonomischer und politischer Hinsicht wollen. Jean Jaurès.

12 Woche vom 17. bis 23. März 1929
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Die Todestandidaten.

Aus dem kleinen Buche:

„Wie ich zum Tode verurteilt wurde.“ — Von Hans Weders.

Das Kriegsgericht.

Eine Stunde vor Beginn der Verhandlung drängten sich ein halbes Hundert Menschen auf den Gerichtshof. Waffentragende Posten und Gefangene im leichten Drillanzug. Wir Todestandidaten begrüßten uns herzlich. Alle sahen blaß und abgehoben aus. Mit uns hing „Hauptberichter“ erwarteten vier andere Kameraden die Gerichtsverhandlung. Bießer, Vintke (Belgoland), Bräuner („Kaiserin“) und Fischer („Billar“).

Die Posten, neugierig bis zum Platzen, bestürmten uns mit Fragen und alle zeigten große Teilnahme an unserem Geschick, weil sie fühlten, daß uns Unrecht geschah. Mutmaßungen über den Ausgang der bevorstehenden Verhandlungen flügelten hin und her. Die Posten wollten uns trösten. Aber der Versuch in erregter Weise einer Gruppe etwas klarzumachen. Sachse und Reichpietsch hörten stillschweigend zu und Köbis zuckte ungläubig mit den Schultern. Auch ich hatte die Zusage der Unbeteiligten. Hinter der Tür zum großen Saale lauerte die Militärjustiz — bereit, die heiligen Güter der Nation zu wahren und zu deren Erhaltung vor keinem Mittel zurückzufahren. Wir waren die Opfer. Weil kam daher und nahm mich beiseite. „Allo, Weders, geben Sie doch zu, daß Sie die Gewalttäter getödtet haben. Machen Sie mir doch keine Schwierigkeiten. Es hat ja doch keinen Zweck!“ Ich war erkrankt über die Naivität des Anklagevertreters. Ich sollte also eine nicht genöthigte Abkündigung geben, damit es jedem leicht fiel, nachher ohne Anstand juristischer Intelligenz die von ihm beantragte Todesstrafe zu begründen. Drei schrien doch ein Gemütsmensch zu sein. Gefährlich, wie Angeklagte nun einmal sind, lehnte ich ab, ihm zu helfen, worauf er mir erwiderte: „Denken Sie doch an die Klage der Seizer!“ — Er meinte damit eine Stelle aus meinem Tagebuch, das vom Gericht beschlagnahmt worden war und allerlei Lebenswürdigkeiten in Poesie und Prosa gegen die herrschende Klasse enthielt. Die „Klage der Seizer“ war die Überschrift folgender Seiten:

„Uns Armen ist's vergönnt, das Sonnenlicht in dienlich freien Augenblicken nur zu schauen!“ Antwort des Weltgeistes: „Zu eurem Troste sei's denn nun gesagt, daß nur im Dämmerlichte dumpfer Räume der Widerspruchsgedanke kam geboren werden, der einstmal alle Bande sogenannter Ordnung sprengen wird.“

„Sprengen ist doch Gewaltanwendung, nicht wahr? Wo...“ Aber ich erkläre: „Das ist eine Privatäußerung, Herr Gerichtsrat, es hat nichts mit unserer Bewegung zu tun!“ Unbefriedigt zog Drei ab.

Nach der Verurteilung.

Am Nachmittag desselben Tages traf ich meinen Freund auf einer Bank vor dem Gerichtszimmer sitzen. Wir begrüßten uns herzlich und sahen sich eine Viertelstunde zusammen. Köbis war ruhig. Ich berichtete ihm von meinem Besuch an den Platten. Er hörte stillschweigend zu, aber als ich ihn aufforderte,

daselbe zu tun, zog er resigniert die Schultern hoch und sagte: „Das hat doch keinen Zweck!“ Mein Versuch, ihn umzustimmen, war vergeblich. Schembar war ihm alles gleichgültig.

Vor der Verurteilung schon war mir bei ähnlichen Unterhaltungen ein sonderbarer Zug an Köbis aufgefallen. Seine Worte, sein Benehmen schienen darauf hinzudeuten, daß er als Märtyrer für unsere Sache sterben wollte. Ich betonte, daß ein solches Opfer zwar eine schöne Geste sei, aber nur dann gewissermaßen dekorativ und symbolisch wirke, wenn es öffentlich stattfinden würde. Aber angesichts der Lage würde man uns heimlich erschießen und verscharren und ein solcher Menschensoldat blieb gewiß ohne Wirkung. Besser sei es daher, leben zu bleiben und weiter zu kämpfen. „Menschensoldat ist gut, das ist das richtige Wort!“ hatte Köbis darauf erwidert, während er bitter lächelte. Er bestritt jedoch, das Verlangen nach einem solchen Opfer zu haben, was ich allerdings nicht glauben wollte. Auch jetzt hatte ich den Eindruck, als ob er mit einem ähnlichen Gedanken spielte. Ich fragte ihn plötzlich, wie er sich denn unter Ende vorstelle. „Ach“, sagte er, „vor dem Sterben habe ich keine Angst, nur an das Knacken der Gewehrschlosser mache ich nicht denken, das kann ich nicht vertragen!“ Bei diesen Worten wandte er sich ein wenig ab von mir und sah grübelnd zu Boden. Eine Welle war es still zwischen uns.

Jetzt sagte ich ihm am Arm und sagte: „Wohin, das machen wir ganz anders!“ Nun erzählte ich ihm von dem Glasplitter, den ich bei mir trug. Köbis war wie umgewandelt. Ein Hoffnungsstimmchen lag auf seinem blassen Gesicht. Endlich eine Möglichkeit, dem grauenhaften Tode durch Erschießen zu entgehen! Seine plötzliche Lebhaftigkeit steckte auch mich an. Wir besprachen nun in aller Eile den Plan. Wir wollten den Dektoren ein Schnippschen schlagen. Die letzte Nacht wollten wir zusammen verbringen. Diesen Wunsch würde man uns gewiß nicht abschlagen. Auf der Prietische liegend, eine Zigarette rauchend, wollten wir noch einmal unser Leben vorübergleiten lassen. Dann beim Morgengrauen sollte die Selbsterlöschung vor sich gehen. Ein energischer Schritt in die Pulskammer und dann kam uns der Hender göhler! Wir freuten uns schon gewissermaßen auf eine enttäuschte Miene. Ich schilberte Köbis in glühenden Farben den Freitod. Ein förmlicher Galgenhumor hatte mich erfaßt. Ein kräftiger Schnitt und der rote, warme Lebenssaft verläßt den Körper — und scheinbar nicht mit Widerstreben. Ein wohlgelesenes Gefühl umfängt uns, wir werden immer matter, der Blutverlust schwächt, unnebelt unsere Sinne. Wir schlafen ein — angenehme Traumbilder umgarnen uns... und wenn wir erwachen, merken wir erst, daß wir tot sind. Köbis lachte belustigt auf. Das war das letzte Lachen, das ich von meinem Freunde hörte. Wir wurden in diesem Augenblick getödtet. Wir sahen uns nochmals an, und dann mußten wir uns trennen. Seit dieser Stunde habe ich ihn nicht wiedergesehen.

Der Hender holt seine Opfer.

Jetzt kamen Tage, die aus in meinem Gedächtnis haften werden. Tage und Stunden, angefüllt mit Gedanken der Verzweiflung, Trauer und Angst. Die Spannung erreichte oft einen Grad, der an physischen Schmerz grenzte. Ich will keinen Glorien-

schein um mein Haupt winden und große Worte über meine jeelische Stärke sprechen. Jeden Leidensgefährten konnte ich durch ein kühnes Wort erheitern, aber in jenen Stunden packte mich oft die Verzweiflung mit ihrer ganzen Macht. Die Angst lähmte meine Glieder und mein erhitztes Gehirn suchte rastlos nach einem Ausweg. Dann erwachte wieder mein Trost, mein unerschütterliches Haß gegen alles, was Militär, Krieg und Unterdrückung hieß, und ich bedauerte, daß wir nicht mehr und nicht früher schon den Mut besaßen, uns dagegen zu wehren und dieser blutigen Einrichtung ein Ende gemacht hatten.

Jetzt grübelte ich über meinen Finsternisplan. Meine Gedanken sprangen hin und her. Eine Spannung löste die andere ab und die qualvollen Momente wechselten in grauenhafter Folge. Die Szene der Erschießung trat wieder vor mein Auge. Eine Salbe und was dann? Dann wird man uns verscharren und mit einem heuchlerischen Augenaufschlag erklären: Das ruchlose Verbrechen am Vaterlande hat seine gerechte Sühne gefunden!

Unentwinnbar stand das blutige Verhängnis vor mir. Jedes Geräusch von draußen, jeder Schritt ließ mich lauschen, mein Atem stockte, und der plötzliche Schreck ließ mein Herz höher schlagen. So verrannen die Stunden und Tage. Wenn mich meine Gedanken an den Tod, der in bedrohlicher Nähe auf mich lauerte, nicht so sehr quälten, dann schrieb ich fleißig. Etwas wollte ich doch hinterlassen für Freunde und Kampfgefährten. Ich schrieb am Ende eines Briefes:

„Der gewaltige Herrscher Winter ließ einst einige Schwaben — die ersten Frühlingboten — eintangen und töten, um seine Herrschaft zu sichern. Aber der Frühling kam doch!“

Ich dachte an das Ende der Gewalttätigkeit, in deren Kammer ich mich jetzt befand. Ob dieser Frühling einmal kommen wird? Ich glaubte daran, aber ein schmerzliches Gefühl überkam mich, wenn ich daran dachte, daß ich selber jene Zeit der Freiheit nicht mit erleben konnte. Dann vergaß ich Dobring, die Richter und das Todesurteil für eine gewisse Zeit. Aber alles war nur geeignet, für eine bescheidene Spanne Zeit abzulenken. Der drohende Schatten vor mir war zu übermächtig.

Die Nächte brachten abwechselnd Qual und Freude. Traumbilder von erschreckender Deutlichkeit ließen mich die Hinrichtungsszene erleben (mein fortwährendes Grübeln erlebte seine Wiedergeburt im Schlaf), andere wiederum gaben mir die Freiheit mit all ihren Wonnen zurück. Nur der Morgen, der erwachende Tag zeigte meine wirkliche Lage in grauer Nüchternheit.

Es war in den ersten Tagen des September — am 2. oder am 3. In aller Frühe hatte ein dumpfes Geräusch mich aufhorchen lassen. Der Morgen verlief in erwartungsvoller Stille. Gegen 12½ Uhr, als der Aufseher mir Feuer gab, sagte er mir, ohne mich anzusehen: „Heute morgen hat man Deine Kameraden weggeholt!“

Ich sah ihn erschrocken an. Köbis und Reichpietsch? Er nickte wortlos. Ich fragte nicht weiter. Der Aufseher grüßte und verschwand. Man hat die beiden also abgeführt, dachte ich, wohin und zu welchem Zweck? Die Gruppe Soldaten trat wieder vor mein Auge. Reichpietsch und mein Freund Alwin abgeführt? Zur Erschießung? — fortgegangen ohne ein Wort des Abschieds, ohne einen Handdruck? Und ich? Sollt man mich später? Oder hat das Quodlibet Erfolg gehabt?

Jahreskonferenzen des Verbandes.

Bezirk Süddeutschland.

Die Konferenz fand am 10. Februar im Gewerkschaftshaus in München statt. Der Bezirksleiter eröffnete dieselbe mit einem Nachruf für die im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder. Aus dem Geschäftsbericht der Bezirksleitung geht hervor, daß mit Ausnahme des Ton- und Metallbergbaues alle anderen im Bezirk befindlichen Bergbauarten voll beschäftigt waren. Im oberbayerischen Kohlenbergbau wurde trotz Verkürzung der Arbeitszeit (unter Tage eine Viertelstunde, über Tage eine Stunde) nicht nur eine Steigerung der Gesamtförderung, sondern auch eine Leistungssteigerung pro Mann und Schicht von 37 Pct. erreicht. In der Lohnfrage wurde mitgeteilt, daß in allen Bergbauarten eine Lohnhöhung eingetreten ist. Es wurde aber auch festgestellt, daß der Reallohn noch nicht für alle Kameraden erreicht ist. Besonders trifft dies für den oberbayerischen Kohlenbergbau zu. Eine Verkürzung der Arbeitszeit konnte im oberbayerischen Kohlen-, im Erz-, Spat- und Braunkohlenbergbau in Forstholz durchgeführt werden.

Die Arbeitszeit beträgt nunmehr — mit Ausnahme des oberbayerischen Kohlen- und des badiischen Metallbergbaues — unter Tage 8 Stunden, während sie in Oberbayern 8 1/2 und in Baden 8 3/4 Std. beträgt. Besonders wichtig sind die Mitteilungen über die Grubenicherheit. Da es in Bayern bisher an einer Unfallkatastrophe, die alle Unfälle, welche mehr als eine dreitägige Berufsunfähigkeit zur Folge haben, nicht von der Bezirksleitung eigene Erhebungen für das Jahr 1927 vorgenommen und festgestellt, daß im oberbayerischen Kohlenbergbau 1927 auf 100 Krankheitsfälle bis zu 82 auf Unfall zurückzuführen waren und somit Bayern die höchste Unfallhäufigkeit von allen deutschen Bergbauarten aufweist. Hierbei wurde die Forderung erhoben, daß auch in Bayern Vorkämpfer bei den Bergämtern und dem Oberbergamt aus den Reihen der Arbeiter eingeführt werden wie dies bereits in Sachsen und Preußen geschehen ist.

Anfang 1928 hatte der Bezirk 5072, am Jahresende 5524 Mitglieder. Damit sind von den im Bezirk vorhandenen organisierten Bergarbeitern 55 Prozent in unserem Verband organisiert. Die Gesamteinnahme an Mitgliederbeiträgen betrug 145.906,06 M. Das ist eine Steigerung von 29.781,25 M. gegenüber 1927. Der Bezirksstellenbestand betrug am Anfang des Jahres 17.788,42 M., und am Jahresende 25.870,52 M.

In der Aussprache, an der sich eine größere Anzahl von Delegierten beteiligten, wurde von ihnen die geleistete Arbeit anerkannt und besonders die Forderung auf Einführung von Vorkämpfern bei den Bergämtern und dem Oberbergamt aus den Reihen der Arbeiter befürwortet und durch Darstellung von Erfolgsfällen aus dem praktischen Berufsleben die Notwendigkeit nachgewiesen.

Kamerad Martini vom Hauptvorstand hielt einen Vortrag über Wirtschaftsdemokratie. Martini gelang es in seinen Ausführungen, die Notwendigkeit einer größeren Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft überzeugend nachzuweisen. Die Ausführungen gipfelten darin, daß die Gewerkschaften nicht nur einen Ausbau der schon bestehenden Gemeinwirtschaftskörper zu fordern haben, sondern auch eine weitere Ausdehnung dieser Vorkämpfer der Wirtschaftsdemokratie auf andere Industrien. Durch seine vorzüglichen Ausführungen verstand es der Vortragende, die Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln. Die Konferenz beschloß deshalb auch einstimmig, von einer Diskussion abzusehen, um den wirklich guten Eindruck des Vortrages nicht zu verwischen.

Anschließend an den Vortrag machte Kamerad Niehler Ausführungen über den Stand der Bezirks- und der Reichsorganisation und belegte seine Ausführungen mit reichlichem Material.

Nachdem die Bezirksleitung allen Funktionären den Dank für die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit aussprach und die Anwesenden zu neuer fruchtbarer Mitarbeit auch im kommenden Jahre aufgefordert wurden, wurde die geradezu musterhaft verlaufene Konferenz geschlossen.

Bezirk Waldenburg.

Am 3. März tagte im Gasthof „Zum Beyer“ die Jahreskonferenz unseres Verbandes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kamerad Bledmann einen Vortrag über: „Die nationale und internationale Kohlenwirtschaft“. Er ging in seinem Vortrag davon aus, daß infolge der Kohlennot während und nach dem Kriege die Wissenschaft intensiv arbeitete, um der damaligen Kohlennot Herr zu werden. Die Entwicklung des Verbrauchs an Elektrizität, Wasserkraft und Öl ist schneller gegangen, als es sonst in normalen Zeiten der Fall gewesen wäre. So haben wir heute bereits in der ganzen Welt einen gewissen Ueberfluß an Kohlen. Dazu kommt, daß trotz Abbau der Belegschaften, trotz ungeheurer Stilllegung von Becken die Weltförderung an Kohlen nicht zurückgegangen, sondern noch gestiegen ist. Die Nationalisierung hat auch im Bergbau ihre Früchte getragen. Wo Ueberfluß an einem Produktionszweig ist, entbrennt natürlich ein ungeheurer Konkurrenzkampf. Es wird im Kohlenbergbau heute ein Konkurrenzkampf ausgefochten, wie ihn kaum seinesgleichen die Welt gesehen hat, so daß der Ausspruch, den der Kölner Professor Schmalenbach getan hat: „Es ist fast als ein Unglück zu bezeichnen, wenn ein Land Kohlen besitzt“, der Richtigkeit entsprechen dürfte. Es kommt nun noch darauf an, daß die Herstellungskosten in den einzelnen Ländern wie auch in den einzelnen Revieren verschieden sind. Das Land mit hohen Herstellungskosten wird natürlich immer schwerer in dem Konkurrenzkampf zu ringen haben. So haben wir erlebt, daß die einzelnen Länder durch Zuschüsse, genannt Subventionen, ihren Kohlenbergbau konkurrenzfähig zu erhalten suchten. Um nun dem Konkurrenzkampf, der nur auf dem Rücken der Arbeiter auszutragen wird, ein Ende zu machen, strebt die internationale Bergarbeiterchaft danach, internationale Vereinbarungen über den Absatz zu treffen. Die Verkündung wird außerordentlich schwer sein, da ja in unserem Hauptkonkurrenzland, in England, noch jede Grundlage dazu fehlt. England hat heute noch nicht einmal in den einzelnen Revieren Syndikate, geschweige denn erst für den ganzen englischen Bergbau. Es wird außerordentlich schwer sein und vieler Mühe und Arbeit bedürfen, ehe dieses Ziel erreicht ist. Die Arbeiterorganisationen aller Länder werden sich dabei ihren notwendigen Einfluß sichern müssen. Das können sie jedoch nur, wenn sie stark genug sind.

Kamerad Hoffmann erläuterte dann den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Das Geschäftsjahr 1928 ist für die Bergarbeiter Niederschlesiens ein schweres Kampfjahr gewesen. Trotzdem die wirtschaftliche Lage des Reviers nicht schlecht genannt werden kann, mußten die Bergarbeiter um einen erhöhten Anteil an dem Ertrage ihrer Arbeit einen schweren Kampf führen. In demselben Verhältnis, in dem die Leistung gestiegen ist, haben die Organisationen auch die Löhne den Verhältnissen angepaßt. So wurde der Tariflohn vom 1. Januar bis 31. Dezember für die Hauer um 7,8 Prozent, für die Zimmerhauer um 8,3 Prozent und für die Sandwerker um 8,5 Prozent erhöht. Der Mittellohn (Barbedienst) lag vom Januar bis Dezember 1928

für Kohlen- und Gesteinsbauer um 7,7 Prozent, der der Gesamtbelegschaft um 8,1 Prozent.

Noch schwieriger als im Kohlenbergbau lagen die wirtschaftlichen Verhältnisse im Erzbergbau. Wenn es auch dort gelang, die Löhne im Durchschnitt um 7 bis 10 Prozent zu erhöhen, so ist das außerordentlich anerkennenswert.

Kamerad Hoffmann ging dann noch auf die Betriebsratswahl, die Sozialversicherung, die Knappschaftskassenwahl und auf die allgemeine Tätigkeit der Bezirksleitung, vor allem auf die Mitgliederbewegung ein. Trotz abermaliger Verminderung der Belegschaft um 1000 Mann hat der Verband nicht nur seine Mitgliederzahl gehalten, sondern noch vermehrt. Es muß anerkannt werden, daß die Funktionäre draußen in der Agitation rührig gewesen sind. Beirtebigen aber kann das Resultat nicht. Wir müssen alle geloben, daß im Geschäftsjahr 1929 die Agitation schärfer in Angriff genommen wird, um den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Kamerad Hoffmann schlug folgende Entschliessung zur Annahme vor:

„Die am 3. März 1929 im Gasthof „Zum Beyer“ in Oberwaldenburg tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands beschließt:

Der Vorstand sowie die Bezirksleitung haben im Geschäftsjahr 1928 alles getan, was unter den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen im niederschlesischen Bergbau möglich war, um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der Mitglieder im Sinne des § 2 unseres Statuts zu verbessern.“

Sodann erläuterte Kamerad Schuppe den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Die Revisoren teilten in ihrem Bericht mit, daß die Kassenverhältnisse in bester Ordnung sind, und beantragten Entlastung des Kassierers und der Bezirksleitung.

Die Abstimmung über die von der Bezirksleitung eingebrachte Entschliessung ergab ihre Annahme gegen nur eine Stimme. Damit haben die Verbandsfunktionäre der Bezirksleitung das volle Vertrauen für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

In die erweiterte Bezirksleitung wurden dann einstimmig die Kameraden Wahl (Kunzendorf) und Kuhn (Wittersbach) gewählt. Als Revisoren gewählt wurden die Kameraden Scholz (Nieder-Dermisdorf-Gr.) und Werner (Weißstein) und Wieland (Oberwaldenburg).

Kamerad Hoffmann teilte auf Anfrage noch mit, daß wir im August unser 40jähriges Verbandsjubiläum feiern. Die Bezirkskommission hat beschlossen, die Kopie unseres Verbandsfilms „Durch Nacht zum Licht“ zu erwerben. Es soll versucht werden, eine Morgenfeier im „Capitol“ für sämtliche Funktionäre unseres Verbandes zu veranstalten. Dabei soll auch der Film zum erstenmal gezeigt werden. Abschluß sollen in den größeren Bahnhallen würdige, dem Zweck entsprechende Feiern veranstaltet werden.

Geschäftsstelle Cöthen.

Die Konferenz der Bergbauindustriearbeiter am 3. März in Bernburg war äußerst stark besucht. Kamerad Kaack erstattete den Geschäftsbericht, der von einer umfangreichen Tätigkeit der Verwaltung dieser Geschäftsstelle Zeugnis gab. Im Kampf um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der dortigen Kameraden konnten nicht ganz zufriedenstellende Erfolge erzielt werden. Hauptschuld daran tragen die Unorganisierten, die sich immer noch brüden und damit die Schlagkraft der Organisation lähmen. Trotzdem aber konnte mit den vorhandenen Kräften und Mitteln mancher Erfolg im Kampf mit den Unternehmern erzielt werden. Die Höhe erfuhr eine Aufbesserung und die Arbeitszeit wurde herabgedrückt. Hier immer weiter vorwärts zu kommen ist unser Hauptziel.

Die Erfolge, die zu verzeichnen sind, können wir zum größten Teile der treuen Erfüllung unserer Funktionen im dortigen Bezirk verdanken. Unermüdet haben dieselben immer bereit, neben ihrer harten Berufsarbeit sich im Dienste um ihre Organisation zu opfern. Wird so weiter gearbeitet, dann können auch weitere Erfolge nicht ausbleiben. In der Agitation haben es in einzelnen Bahnhallen. Während verschiedene Bahnhallen Duzende von Neuanmeldungen gemeldet haben, sind einzelne, die so gut wie gar keinen Zuwachs erhielten. Hier muß Grundhaft werden: Für ein verlorenes Mitglied zwei neue werben! Die Funktionäre müssen besonders dort, wo ein Mitglied austritt, sofort feststellen, was den Austritt veranlaßte, und alles versuchen, daselbe zu halten. Bei den älteren Funktionären ist das fast überall festzustellen, aber auch die Jungen müssen sich diese Methode angewöhnen. Wird überall entsprechend verfahren, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben und der starke Mitgliederwechsel in einigen Bahnhallen wird dann ebenfalls verschwinden.

Ueber die Tätigkeit der Leitung geben folgende Zahlen ein klein wenig Aufschluß: Es waren zu verzeichnen an Postausgängen 324. Belegtagungsversammlungen fanden statt 32, Mitgliederversammlungen 64, Funktionärsversammlungen 27, darunter mit Betriebsräten 36, mit Knappschaftskassen 11 und mit Ortsverwaltungen 17. Verhandlungen und Sitzungen fanden statt mit Betriebsleitungen 16, am Arbeitsamt 6, Arbeitsgericht 12, Landesarbeitsgericht 3 und Oberverwaltungsamt 4. In finanziellen (nur direkten und einmaligen) Erfolgen konnten wir 37.936,91 M. für die Kameraden heraushehlen ohne die zum laufenden Gelder aus Renten usw.

Kamerad Anton gab dann wertvolle Winke und Informationen für die bevorstehenden Betriebsratswahlen, wobei die Konferenz sich reiflich einig war, daß nur die Listen des Verbandes und der freien Gewerkschaften für die Mitglieder zählen können. Kamerad Kaack verbreitete sich noch eingehend über dringende und schwebende Fragen bezüglich der Knappschaftsversicherung und betonte, daß die Funktionäre ihr Hauptaugenmerk in nächster Zeit auf die Methode der Berufung in Knappschaftsstreitigkeiten legen sollten. Berufungen, die von vornherein als aussichtslos gelten wegen bestehender gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen, sollten grundsätzlich zurückgewiesen werden, da dieselben nicht nur der Organisation, sondern auch der Knappschaft nur viel Geld und Arbeit kosten, ohne daß ein Erfolg in Aussicht steht. Auch das Geld der Knappschaft sei schließlich doch nur das Geld der Arbeiter (Beiträge). Beschwerde wurde zu diesem Punkt noch geführt über die verzögerte Auszahlung von Krankengeld durch die Knappschaft. Oft warten die Arbeiter 14 Tage lang. Hier muß natürlich Abhilfe erfolgen.

Im Anschluß an ein Referat des Redakteurs Zimmer (Wochum) über „Gewerkschaften und Sozialismus“ wurde auf eine Diskussion verzichtet, aber zum Ausdruck gebracht, daß alle im Sinne der Ausführungen handeln sollten, um so, jeder an seiner Stelle, für die Befreiung unserer Klasse zu kämpfen. Alle Teilnehmer waren von den Verhandlungen der Konferenz voll befriedigt, so daß Kamerad Kaack mit der zuverlässigen Hoffnung auf weiteren Aufstieg des Verbandes und auf Erfolge für die Bergarbeiter die Konferenz schließen konnte.

Gegen die Spaltungspolitik.

Funktionäre des Bergbauindustriearbeiterverbandes gegen die neue Gewerkschaftstaktik der SPD.

Daß es die Gewerkschaftsfunktionäre satt haben, sich von den kommunistischen Parteigängern täglich mit Schmutz und Dreck bewerfen zu lassen, bewies eine Konferenz der leitenden Funktionäre der Geschäftsstelle Glabbe-Buer-Bottrop des Bergbauindustriearbeiterverbandes. Der Unwille gegen die Beschimpfungen der Verbandsleitung und der Funktionäre kam darin zum Ausdruck, daß geäußert wurde, die wenigen Kommunisten, die anwesend waren, von der Konferenz auszuschließen. Es wurde aber davon Abstand genommen, denn diese sollten hören, daß die Meinung der Gewerkschaftsfunktionäre eine ganz andere ist, als es die kommunistische Presse beliebt hinzustellen. Erst als sie durch ihren Sprecher die freien Gewerkschaften als „faschistische“ bezeichneten, konnte die Empörung keine Grenze, und es wäre zu handgreiflichkeiten gekommen, wenn die Verbandsleitung diesem Weisemünder nicht die Tür gewiesen hätte. Wenn das der Erfolg ist, den die neuen kommunistischen Richtlinien bringen sollten, dann ist die SPD und ihre Presse auf dem Holzwege! Die Bergarbeiter haben genug von den Gewerkschaftszersplitterern! Die Wührarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften bedeutet Niedergang der Arbeiterbewegung. Unser Verband ist nicht für den Rückschritt, sondern für den Fortschritt.

In folgender Entschliessung kommt zum Ausdruck, was die gewerkschaftlich geschulten Bergarbeiter zur neuen SPD-Parole zu sagen haben:

„Mit 64 gegen 8 Stimmen hat die am 3. März im Volkshaus in Buer tagende Konferenz der leitenden Funktionäre der Bahnhallen und der Betriebsobmänner der Geschäftsstelle Glabbe-Buer-Bottrop des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter mit Bedauern festgestellt, daß eine Anzahl bisheriger Funktionäre, vornehmlich Betriebsräte, die Parole des Verbandes nicht beachten haben, während sie die Parole der SPD gegenüber dem Verbande in Anwendung bringen.“

Konferenz vertritt den Standpunkt, daß keine politische Partei das Recht hat, dem Bergbauindustriearbeiterverband die Marschroute vorzuschreiben. Nur die Parole der Verbandsleitung darf befolgt werden. Wer nicht mit uns ist, arbeitet gegen uns! Die Verbandsleitung wird ersucht, den statutarischen Bestimmungen und den sonstigen Organisationsbeschlüssen entsprechend gegen die Verbandszerstörer vorzugehen.

Ganz besonders verurteilt die Konferenz die Schreibweise des „Ruhr-Echo“. Ein Organ, das sich Arbeiterzeitung nennt und nur die eigene Klasse beschimpft und bekämpft, hat vermerkt, sich Arbeiterzeitung zu nennen. Es ist kein Klassenkampf, wenn die eigene Klasse bekämpft wird.

Einmütig sind die versammelten Funktionäre der Auffassung, daß bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um den Listen der freien Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen.

Das Echo der neuen Taktik der SPD muß Thälmann und Genossen so in die Ohren schallen, daß sie sich überlegen sollten, eine solche Parole ein zweitesmal in Anwendung zu bringen. Jeder denkende Arbeiter kämpft für den Sieg der freigewerkschaftlichen Betriebsratslisten! Den Verbandszerstörern rufen wir zu: Hände weg von den Gewerkschaften!

Die Konferenz der Vertrauensmänner und der Betriebsratsobleute der Geschäftsstelle Cöthen des Bergbauindustriearbeiter-

verbandes, die am 10. März tagte, nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die Konferenz spricht dem Verbandsvorstand sowie sämtlichen Funktionären ihr Vertrauen aus. Die Anwesenden sind überzeugt, daß die Verbandsfunktionäre für die Mitgliedschaft alles tun, was in ihrem Interesse liegt und wodurch es möglich ist, die Lebenslage der Bergarbeiter zu heffern.“

Die Konferenz spricht der Leitung der SPD ihr Mißtrauen aus, denn diese Leitung weiß selbst nicht, was sie will. Die SPD-Leitung fordert von ihren Mitgliedern strengste Disziplin und schließt sie ohne irgendwelches Verfahren aus, wenn dieselben die Disziplin ihrer Gewerkschaft beachten, z. B. im Fall Ritters-Herne, der, als Mitglied der SPD und als Stadtrat, die unsinnigen Beschlüsse der SPD, betreffe der Betriebsratswahl ablehnte. Er wurde ohne irgendwelches Verfahren aus der SPD ausgeschlossen und zum „Verräter“ gestempelt.

Dieselbe SPD-Leitung schreibt Morbid, wenn die Verbandsleitung die Disziplinbrecher aus dem Verbande entfernt, obwohl die SPD-Leitung ihre Mitglieder, die auch Mitglieder des Verbandes sind, immer wieder auffordert, das eigene Nest zu beschmutzen und Disziplinbruch zu begehen. Eine gewerkschaftliche Organisation kann und wird sich von keiner Parteileitung Vorschriften machen lassen, ebensowenig wie die Gewerkschaftsleitung einer Parteileitung Vorschriften machen kann. Die Verbandsleitung ist daher gezwungen, ihre eigene Organisation reinzuhalten und alle diejenigen auf dem kürzesten Wege aus der Organisation zu entfernen, die ihre Beschlüsse nicht beachten.

Kein ehrlicher Gewerkschafter, auch wenn er Kommunist ist, kann dieses arbeiterschädigende Vorhaben der SPD gutheißen. Die Betriebsräte und Gewerkschaften gehören zusammen. Die Gewerkschaften geben den Belegschaften die stiftliche Kraft und verleihen den Betriebsräten den moralischen Mut, im Sinne des Gesetzes ihr Recht in Anspruch zu nehmen und auszuüben.

Die Konferenz macht sich daher zur Aufgabe, unter den Bergarbeitern eine verstärkte Agitation für den Verband vorzunehmen, aber auch gleichzeitig unter den Bergarbeitern Aufklärung zu schaffen über die Zustände in der SPD und besonders über die Gewissenlosigkeit der SPD.

In einer Konferenz der Geschäftsstelle unseres Verbandes für den Bezirk Dortmund wurde nach einem Tätigkeitsbericht der VerbandsGeschäftsleitung unter anderem auch die Spaltungspolitik der SPD gründlich behandelt. Die Stellungnahme der Konferenz fand in folgender einstimmig angenommenen Entschliessung ihren Ausdruck:

„Die Vertrauensmänner, Kassierer und Betriebsobmänner der Geschäftsstelle Dortmund des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, versammelt zu einer Konferenz am 3. März 1929, nehmen mit Genugtuung den Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1928, wonach eine Steigerung der Mitgliedschaft mit einer Mehrerinnahme an Beiträgen von 26.483 M. gegenüber dem Vorjahre sich ergibt, entgegen.“

Gleichzeitig spricht die Konferenz dem Verbandsvorstande sowie der Ruhrrevier- und Geschäftsstellenleitung die Anerkennung für ihre geleistete Arbeit aus.

Die versammelten Verbandsfunktionäre erkennen auch heute noch als richtig an, was im Zentralorgan der SPD, der „Ruhr-

gabne", am 8. Juni 1922, ausnahmsweise der Wahrheit entsprechend, in einem leichten Augenblick niedergegeschrieben, worüber zu lesen war:

"Auch die radikalste Gewerkschaft ist nur die wirtschaftlichen Gesetze gebunden, und der Glaube ist daher irrig, daß die Kommunisten nur auf Grund ihrer Anschauung und Programme mehr erreichen könnten als andere Gewerkschaften, wenn nicht die reale Macht hinter ihnen steht."

Um diese reale Macht zu erreichen, gelobt die Konferenz, jeden Spaltungversuch, wie er gegenwärtig in der SPD-Presse von vom fernem Osten ausgeht, abhängig von vollständigen Subalternen zur bevorstehenden Betriebsratswahl zum Schaden der Arbeiterschaft ausgeübt wird, mit Entrüstung und Entschiedenheit energisch zurückzuweisen. Sie verpflichtet, folglich alle Kräfte anzuspannen zur Stärkung der Organisation, zum Wohle der gesamten Bergarbeiterschaft wie der Arbeiterklasse überhaupt.

Vom Verbandsvorstand wird erwartet, daß er gemäß unserer Satzung und Generalversammlungsbeschlüsse gegen jeden, der diesen Beschlüssen entgegenhandelt, rücksichtslos vorgeht.

Allen Verleumdern spricht die Konferenz ihre Verachtung aus und gilt dieses besonders denjenigen Schwärzern, die sich feige hinter ihre Abgeordnetenimmunität verstecken und so, wenn sie wegen ihrer gewissenlosen Verleumdung vor den Strafrichter geladen werden sollen, sich mißbräuchlich auf ihre Immunität berufen. Darum trifft alle diese gewissenlosen, unverantwortlichen Gesellen die moralische Verachtung aller redlich denkenden Arbeiter."

Wachstumswert ist, daß dieser Beschluß, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, einstimmig gefaßt wurde, also auch mit Zustimmung der sogenannten Opposition (lies: SPD). Das zeigt uns erfreulicherweise — wie könnte es auch anders sein! —, daß alle, die ihren gesunden Menschenverstand noch nicht verloren haben, die verdröckerische Spaltungspolitik der Arbeiterklasse seitens der SPD nicht mitmachen.

Protokoll der kommunistischen „Oppositions“-Konferenz.

Werte Kameraden! Ich sende euch ein wortgetreues Protokoll der kommunistischen Konferenz in Essen. Ich habe die Sache kurz gemacht und trotzdem so, daß jeder Leser sich die Nebennotizen rekonstruieren kann. Er braucht nur die Worte in der angegebenen Zahl durcheinander auf's Papier zu schreiben, einige Verbindungen dazwischen zu setzen und hat dann eine kommunistische Oppositionskonferenz vor sich. Wollt ihr selbst meine Aufzeichnungen auf die Richtigkeit nachprüfen, dann seht euch die Berichte im „Ruhr-Echo“ an. Wenn man allerdings bedenkt, daß nur der zehnte Teil des Beredeten in die Zeitung kommt, dann ist mein Bericht noch etwas zu knapp. Das Protokoll lautet so:

- 433mal „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“. (Das letzte Wort kann auch beliebig allein gebraucht werden.)
- 57mal „Panzerkreuzer“, mit beliebigen Zusätzen, wie: „Sozialisten“ oder „Reformisten“. (Eigentlich sehr wenig, scheint abgegriffen zu sein. Der Berichterstatter.)
- 193mal „Kampfkomitees“ oder „Ausschüsse der revolutionären Arbeiter“.
- 681mal „sozialfaschistische“ oder „sozialimperialistische“ oder „sozialdemokratische“ oder „arbeiterfeindliche“ oder „reformistische Gewerkschaftsbureaokratie“ oder „Reformisten“.
- 1213mal „Dufemänn“ oder „Dufemänner“. (Für besseren Sachtbildung kann man beliebig „und Konjunkten“ hinzufügen.)
- 811mal „Verräter“, „verräterische“ oder „verdröckerische Politik“. (Zwischen durch die Worte „erbärmlich“ oder „reaktionär“.)
- 12mal „Korruption“ oder „Korruptionsmethoden“. (Auch sehr wenig. Wahrscheinlich wollte man Thälmann nicht berühren.)
- 277mal „Schwindel“, „Lüge“, „Lügnerisch“ oder „berlogen“.
- 150mal „Lafaien der Bergberren“ oder „der Unternehmer“.
- 531mal „Spaltung“, „Spalter“, „spalterische Tendenzen“ oder „schändlicher Spaltungskurs“.
- 210mal Aufforderungen und Verhinderungen zur Nichtbeachtung der Beschlüsse unserer Verbandstage.

Im Schlusswort jagte dann Sobotta, daß der Verbandsvorstand eine wüste Beze gegen die kommunistischen Angehörigen und Funktionäre eröffnet habe, um den Verband zu zerstören.

Dann sang man die Internationale.

Diese treffliche Charakterisierung der Selbstverhöhnung bolschewistischer Phantomen ist leider nur zu wahr. Um so bedauerlicher ist es, daß sich noch Dumme genug für ein solches Kaiserliche finden. Mehr als diese treffliche Satire ist das ganze Geschrei wirklich nicht wert. Das Rad der Weltgeschichte läuft seinen Weg weiter, unbekümmert um die Käppchen der Könige. Uns auf die Verunft der großen Masse stützend, werden wir unsere Organisation sauber halten und ausbauen für die Bergarbeiter und ihre Familien.

Kommunistische Spitzbuben- und Fälschertaktik.

Eigentlich hatten wir nicht die Absicht, uns mit der Antwort des kommunistischen „Ruhr-Echo“ auf unseren Artikel in Nr. 10 der „Bergbau-Industrie“ vom 9. März zu beschäftigen, wenn nicht erneut damit der Versuch gemacht würde, das Augenmerk der kommunistischen Mitglieder von der Korruption in den eigenen Reihen abzulenken.

Die von uns gezeigte Korruption in Russland gibt man zu. Zu der von uns kritisierten Verwaltungsmethode von Sammelgeldern der Roten Armee, Bezirk Ruhrgebiet, sagt man kein Wort, was wir gleichfalls als Anerkennung unserer Kritik aufweisen.

Wenn wir doch noch einmal darauf antworten, dann darum, weil die Dinge so hingestellt werden, als sei die Aufdeckung der Veruntreuungen in der Zahlstelle Kennen auf die Initiative des kommunistischen Finanzmanns zurückzuführen und solle Juntermann zum Dank dafür nunmehr aus dem Verbandsausschluß werden. Es ist deshalb vielleicht nicht zuviel gesagt, wenn man diese Taktik nicht nur als Spitzbuben-, sondern auch als Fälschertaktik bezeichnet. Aber beide Eigenschaften wohnen ja in der Regel nicht weit auseinander. Warum sollte es bei diesen Leuten anders sein, die aus buren Fanatismus nicht davor zurückschrecken, Einrichtungen zu zerstören, die andere — nicht sie! — in jahrelanger mühseliger Arbeit aufgebaut haben, an denen sie aber selbst bei jeder Gelegenheit Anknüpfen sind?

Daß in der Zahlstelle Veruntreuungen vorlagen, war längst bekannt und bedurfte es nicht der Initiative Juntermanns, um diese aufzudecken. Es gebührt nur der traurige Ruhm, sein Wissen von den Dingen in der Verfassungsbau dazu benutzen zu haben, um nicht nur gegen den unehrlichen Funktionär, sondern aus politischen Gründen gegen alle anderen mitzugehen, vielleicht gar mit der Absicht, selbst Kassierer werden zu können. Wer weiß?

Gegen J. wurde der Anknüpfungsantrag gestellt, weil er als Verbandsmitglied, ohne dazu berechtigt zu sein, eine Versammlung einberufen hat und in derselben für die Aufstellung einer wilden

Betriebsratsliste eintrat, wahrscheinlich mit der Absicht, sich selbst als Kandidaten vorzuschlagen zu lassen. J. scheint also auf alle Fälle etwas werden zu wollen, wenn nicht auf legalem, dann auf illegalem Wege. J. wußte selbst, daß er sich bei seinem Vorgehen der Gefahr aussetzte, aus dem Verbandsausschluß zu werden, und versucht nunmehr, seinen Ausschluß auf die Vorkommnisse in der Zahlstellenversammlung zurückzuführen. Vielleicht war das auch Absicht, um damit dem „Ruhr-Echo“ und seinen Intermännern die Gelegenheit zu geben, den „Dufemännern“ wieder einmal eins auszuwischen zu können. Wessen Geistes Kind J. ist, geht ja daraus hervor, daß er, nachdem es ihm selbst mit den schädlichsten Mitteln in der Mitgliederversammlung nicht gelungen war, für sich Stimmung zu machen, den bei der SPD vorgeschriebenen illegalen Weg ging, um „berühmt“ zu werden. Wenn er sich dabei daneben setzte, mag er sich bei denen bedanken, deren Rat er befolgte.

Was den zweiten Vorwurf anbelangt, wonach Leute, die Unterstellungen begingen, selbst dann noch in höhere gutbezahlte Stellen auftritten unter der Voraussetzung, daß sie stramme „Reformisten“ waren, scheint der Artikelschreiber nicht nur die Begriffe „Ihr“ und „wir“, sondern noch viel mehr zu verwechseln. Über solche Begriffe sind bei solchen Leuten wohl nebenfächlich. Die Hauptsache ist: genügender Fanatismus, der bekanntlich blind macht und noch viel mehr andere Dinge nicht erkennen läßt.

Dem „Ruhr-Echo“ ist es bestimmt nicht möglich, den Beweis zu erbringen, daß Angestellte der freien Gewerkschaften in ihrem Amte blieben oder in höhere Ämter auftritten, wenn sie sich Unehrlichkeiten zuschulden kommen ließen, wie das in der SPD schon sehr häufig der Fall gewesen ist. Daß bei der SPD ein strammes Bekenntnis zu der besprochenen Parteipolitik und ihrer illegalen Mittel dazu mehr gilt als Ehrlichkeit, ist uns nicht nur in Russland, sondern auch in Deutschland schon oft genug demonstriert worden. Daß man im „Ruhr-Echo“ jede vorkommende Unehrlichkeit, auch wenn sie noch so gering ist, dazu benutzt, um gegen die freien Gewerkschaften zu gehen, geschieht lediglich aus dem Grunde, um die Mitglieder der Partei über die großen Schweißereien in den eigenen Reihen zu täuschen. Wir haben keine Ursache, uns mit solchen die Organisation schädigenden Vorkommnissen öffentlich zu beschäftigen. Über Gemeinheiten, wie sie hier und dort im „Ruhr-Echo“ zum Ausdruck kommen, können und dürfen nicht unbeantwortet bleiben, selbst schon nicht im Interesse der kommunistischen Mitglieder des Verbandes, soweit sie ehrliche Gewerkschafter sind.

Zum Schluß wünschen wir der SPD und ihren Funktionären dieselbe Ehrlichkeit, wie sie bei den Verbandsfunktionären vorhanden ist. Die SPD mag dazu übergehen, nicht bei uns die kleinen Spitzbuben zu hängen, sondern zunächst bei sich die großen. Die Initiative, die man dazu verwendet, die im Verbands vorkommenden Unehrlichkeiten aufzudecken, dürfte im eigenen Lager nutzbringender anzuwenden sein. Im übrigen wiederholen wir noch einmal: Ehe du den Splitter im Auge deines Nächsten siehst, ziehe zuvor den Balken aus deinem eigenen Auge!

Warum sie sich zum Ausschluß drängen!

Ein Kamerad aus Essen schreibt uns: Die gelehrigen Schüler Stalins haben in ihren Konferenzen den Plan einer gewerkschaftlichen Neugründung beschlossen. Wenigstens haben das die Anhänger so verstanden und sie reden darüber offen in den Zahlstellen. Auch hat Florin auf dem letzten kommunistischen Nummel in Essen — zwar etwas versteckt und verschämt — die Absicht einer Neugründung zugegeben. Vor allen Dingen hat man in Konferenzen und Rundschreiben die Bellenbauer aufgefordert, den SPD-Barolen Folge zu leisten, auch wenn Ausschüsse aus dem Verbands erfolgen.

Welche Auswirkung dieser Parteibefehl hat, zeigt folgender Fall: Zwei Kommunisten einer Zahlstelle unseres Essener Geschäftsbezirks unterhalten sich über die neue Parteitaktik. Sagt der eine zum anderen: „Die Taktik ist falsch, man drängt ja zu Ausschüssen. Das ist nachteilig für den kommunistischen Gedanken, denn die ausführenden Fraktionsmitglieder der Partei werden aus dem Verbands ausgeschlossen. Auch Dein Benehmen in der letzten Versammlung und in der Kandidatenfrage wird naturgemäß zum Ausschluß führen. Seien wir ehrlich, das kann sich der Verband nicht gefallen lassen.“

Erwiderte der andere: „Laß doch ausschließen, Du bist dumm. Du weißt doch, daß wir unseren eigenen Laden aufziehen, und dann braucht man doch auch Führer. Im Verband kannst Du doch nichts werden.“

Jetzt weiß man, warum die Schreier zum Ausschluß drängen. Nun ist es Zeit, nur schnell machen, daß man ausgeschlossen wird, um den Ausschluß als „Führer“ nicht zu verpassen. Deshalb also muß Kraft gemacht, müssen möglichst viel Statutenänderungen begangen werden, damit der Ausschluß erfolgt. Schon die Union ist an der Ludermittigkeit und Korruption zugrunde gegangen. Ganze 300 Mitglieder waren im Ruhrgebiet bei der Liquidation vorhanden, und der Mehrzahl hat die SPD-Beitragsmarken gratis nachgegeben, damit sie beim Uebertritt überhaupt in den Verband aufgenommen werden konnten. Bei der jetzigen Neugründung wird man gleich so viel Postenwärter wie Mitglieder haben. Reite Ausschüssen!

Die kommunistischen „Verbandskämpfer“.

Die kommunistische Presse behauptet, daß diejenigen, die infolge Verletzung der Verbandsbestimmungen ausgeschlossen werden, durchweg jahrgestaltig im Verbandskampf gefämpft hätten. Eine Nachprüfung hat ergeben, daß 90 Prozent der in letzter Zeit ausgeschlossenen überhaupt keine Geschäftigkeit im Verbands nachweisen können. Wenn man sich die Hauptbuchnummern der ausgeschlossenen anschaut, dann findet man, daß es sich meist um solche handelt, die beim Uebertritt der Union zum Verbands gekommen sind. In der vorliegenden Nummer dieser Zeitung beispielsweise werden 17 Ausschüsse veröffentlicht. Es handelt sich um solche, die auf einer kommunistischen Sonderliste trotz Verwarnung gegen den Verband als Betriebsräte kandidieren. Unter diesen 17 befindet sich einer — einer! —, der längere Jahre im Verbands ist. Sieben sind von der Union herübergekommen, zwei erst im Jahre 1926, zwei sogar im Jahre 1927 und fünf erst im Jahre 1928, wovon zwei nur einige Monate Mitgliedschaft im Verbands haben.

So sehen die kommunistischen „Kampfnaturen“ aus! Gewiß kann sich ein geistig leicht bestügelter Kamerad in wenigen Jahren in Gewerkschaftsgeheimnissen zurechtfinden. Diese armen verführten Nachläufer der Apostel Stalins bringen das, wie sie selbst betonen, nicht fertig.

Verbandsgelehrer für kommunistische Nummel?

Das „Ruhr-Echo“ vom 6. Februar teilte mit, daß die Zahlstelle Eidel II ein jungblühendes Mitglied zum kommunistischen Jugendkongress delegieren wollte, daß aber der „reformistische“ Kassierer durch Verweigerung des Beitrageldes dies verhindert habe. Am 15. Februar berichtete das „Ruhr-Echo“ folgendermaßen: In einem uns zugehenden Schreiben teilt nun der Kassierer mit, daß er kein Reformist, sondern ein Oppositioneller und Feind der kommunistischen Presse sei, und ferner der Finanzierung des

Delegierten bei einem entsprechenden Beschluß keine Schwierigkeiten bereiten werde.“

Dieser erklärt der Kassierer der Zahlstelle Eidel II, Kamerad Weirich, eidesstattlich, daß er eine derartige Erklärung dem „Ruhr-Echo“ nie übermitteln habe. Kommunistische Moral!

Gesamtunfälle (Verletzte und Tote) im 4. Vierteljahr 1928 im Steintohlenbergbau des Oberbergamts Dortmund. (Mitteilung des Oberbergamts Dortmund)

Zeit	Gesamtunfälle		Tödliche Unfälle	
	Summe	auf 1000 Beschäftigte	Summe	auf 1000 Beschäftigte
Vierteljahresdurchschnitt 1901—1910	.	.	105	0,578
Vierteljahresdurchschnitt 1925	18 549	48,964	278	0,721
Vierteljahresdurchschnitt 1926	18 818	51,864	207	0,580
Vierteljahresdurchschnitt 1927	20 438	55,367	196	0,580
1. Vierteljahr 1928	20 418	55,478	188	0,497
2. „ 1928	17 045	50,058	167	0,461
3. „ 1928	18 080	55,028	167	0,508
4. „ 1928	16 520	50,365	148	0,488
Vierteljahresdurchschnitt 1928	18 017	52,727	168	0,476

Ein alter Kämpfer.

Am 1. März erreichte Kamerad Heinrich Weirich, Zahlstelle Ebing I, Evinger Straße 56, das hohe Alter von 85 Jahren. Länger als drei Jahrzehnte kämpfte er mit in den Reihen seiner Verbandskameraden um auskömmlichen Lohn und bessere Arbeitsverhältnisse. Er ist noch einer von den Alten, die sich stets besten bewußt sind, daß nur durch Einigkeit und Zusammenschluß ein vorgerücktes Ziel zu erreichen ist. Heute noch spricht er immer von Einigkeit und Brudersplitz. Wir gratulieren unserem alten Kämpfer und wünschen, daß er noch einer recht langen Gesundheit sich erfreuen und bei uns bleiben möge. Dazu ein innigstes Glück auf!

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Ebing I.

Unser Tote

Zahlstelle Woscheln. Wieder riß der Tod einen alten Kämpfer aus unserer Mitte. Am 3. März verstarb nach einem kurzen Krankenlager unser Kamerad Josef Dörich im Alter von 48 Jahren. Wir werden seiner stets ehrend gedenken!

Zahlstelle Hufen. Unser Kamerad Johann Ludwig ist am 4. März im Alter von 62 Jahren gestorben. Wir verlieren in ihm einen unserer besten und treuesten Mitglieder. Immer war er in der vordersten Reihe für den Verband. Bis ins hohe Alter hielt er die Treue. Die Jungen mögen sich an ihm ein Vorbild nehmen. Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Zahlstelle Brühl. Am 15. Februar starb nach kurzer Krankheit das Mitglied unserer Ortsverwaltung Jakob Brühl. Er hat seit Jahren in der Zahlstelle vorbildlich an der Ausbreitung des Verbandes mitgearbeitet. Stets stand er mit in der vordersten Reihe, wenn es galt, die Interessen der Organisation zu wahren. Sein kameradschaftliches Wesen war allen ein Vorbild. Er wird uns unvergessen bleiben.

Zahlstelle Hamm-Stadt. Wieder hat der Schicksalstod einen der Alten, Heinrich Mohr, Mitglied seit 1. Juni 1902, aus unseren Reihen gerissen. Längere Zeit hat er unserer Zahlstelle als Vertrauensmann vorgestanden. Sein Bestreben war, die Organisation zu stärken, damit sie das, was sie sich als Ziel gestellt hat, die Befreiung der Bergarbeiterschaft aus dem Joch des Gewerkskapitals, auch erreichen könne. Wir halten sein Andenken in Ehren!

Zahlstelle Philippsdal. Jede Neuerung bringt Gewinn, aber für den Bergmann auch neue Gefahren. Unser treues Mitglied August Mehte ist einer solchen Neuerung (Schrapfenförderung) auf der Kalischachtanlage Suttorf an der Werra im Alter von 25 Jahren zum Opfer gefallen. Die Erinnerung an unseren lieben Kameraden wird in unserer Zahlstelle fortleben!

Zahlstelle Altkaden. Im Februar starb unser alter Kamerad Heinrich Spiker. Als Gründer unserer Zahlstelle war unser alter toter Freund immer dabei, wenn es galt, für den Verband zu arbeiten. Bald 40 Jahre stand er in unseren Reihen. In der Vorkriegszeit hat unser Heine so manchen Strauß mit den Unternehmern auskämpfen müssen, ist aber nie erlahmt oder kleinmütig geworden. Die Zahlstelle wird den herben Verlust nicht so schnell überwinden. Sie wird des Verstorbenen stets ehrend gedenken!

Zahlstelle Wolferode. Am 9. März verunglückte unser Verbandsmitglied Alfred Rißche tödlich. Nach schwerlichenden Beschwärzen Rettungsarbeiten wurde er vollständig zerquetscht aus den niedergegangenen Gesteinsmassen als Leiche geborgen. Kamerad Rißche ist erst 45 Jahre alt geworden und war seit 1918 Mitglied unseres Verbandes. Er wird allen seinen Kameraden in ehrenvoller Erinnerung bleiben!

Verbandsnachrichten

Begen Verstoßes gegen den Gieseler Beschluß und die Bestimmungen des Statuts wurden aus dem Verbands ausgeschlossen: Adolf Grossef (S.-Nr. 405 302), Hans Föller (S.-Nr. 1 286 635), Albert Paul (S.-Nr. 1 287 784), Rudolf Paul (S.-Nr. 1 287 772), Heinrich Gersmann (S.-Nr. 1 286 682), Johann Büsch (S.-Nr. 1 286 620), Otto Altmann (1 287 783), Heinrich Schäfers (S.-Nr. 1 431 081), Stanislaus Mithel (S.-Nr. 1 286 559), Emil Block (S.-Nr. 1 287 074), Franz Dombrowski (S.-Nr. 1 390 856), Heinrich Weithal (S.-Nr. 1 390 735), Gustav Gerwin (S.-Nr. 1 286 996), Max Mühr (S.-Nr. 1 431 095), Fritz Bentler (S.-Nr. 1 286 851), Alfred Obst (S.-Nr. 1 390 725), Theodor Brzytwa (S.-Nr. 1 286 761). Sämtlich aus B. e. n. e.

Berichtigung. In der Bekanntgabe der Ausgeschlossenen in voriger Nummer unserer Zeitung ist ein Druckfehler unterlaufen. Ausgeschlossenen wurde Paul Mä d l e r, nicht Paul M ä l l e r.

Auszahlung von Unterfühlungen.

Zahlstelle Nachterstedt. Zwecks Auszahlung von Unterfühlungen wollen die Kameraden die Mitgliedsbücher nur jeden Donnerstag von 3 bis 8 Uhr nach dem Kassierer Max Höfert abgeben. Die Auszahlung findet nur jeden Donnerstag von 3 bis 8 Uhr statt.

Kranzpende.

Bradel. Im März eine Marke, im April zwei Marken. — Sinnen-Roth. Im März und April je eine Marke. Die Mitglieder sind verpflichtet, diese Marken zu liefern.

Bücherrevision.

Bücher-Roth. Vom 12. bis 31. März. Bücher bereit halten!

BÜCHER

Tausend wertvolle Bücher umsonst!
Preisaus schreiben zum Tag des Buches.
 Am 22. März, dem "Tag des Buches", veranstaltet die Bücher-gilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5, ein Preis-ausschreiben, für dessen Teilnehmer sie ein tausend Exemplare des von der Kritik begünstigt anerkannten Romans „Sum Wand der Verechten“ von Ernst Wegang, Format 16x25 cm, 215 Seiten, in Ganzleinen, Buchschmuck von Kurt Reibetanz, auslöst.

Verlangen Sie von den Geschäftsstellen und örtlichen Ver-trauensleuten der Büchergilde Gutenberg oder von deren Zentral-stelle in Berlin SW 61, Dreilindstraße 5, unter dem Stichwort „Preisaus schreiben“ die kostenlose Zuteilung des neuesten Pro-jektes dieser Buchgemeinschaft und lassen Sie an Hand dieses Projektes folgende Preisausgabe: Schreiben Sie untereinander die Namen 1. des Verfassers von „Düster Trott“, 2. des größten bayerischen Märchentäblers, 3. des Verfassers von „Der Kraft-Gewinn“, 4. des bedeutendsten Autors der Büchergilde, 5. des Verfassers von „Der ewige Garten“, 6. den Titel eines ungarischen Liebesromans, 7. den Namen des Autors von „Welt, werde froh“,

8. den Namen des Autors von „Sonntage“, 9. den einzigen russischen Namen, den der Prospekt enthält, 10. den Vornamen eines bekannten Rechtschreiblers, 11. den Namen des Autors von „Der Krieg um den Wald“, 12. den Titel eines humorvollen Reiselbuches, 13. den Namen der Verfasserin von „Liebe ohne Hoff-nung“, 14. den Titel eines Buches von Colin Ross. Die ersten Buch-laden dieser Reihen ergeben, von oben nach unten gelesen, den Titel des preisgekrönten Buches von B. Traben.

In fünf Minuten haben Sie diese Aufgabe gelöst, wenn Sie sich des Projektes bedienen. Schicken Sie die Lösungen von 1—14 und das Ergebnis unter dem Stichwort „Preisaus schreiben“ an die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5, und zwar bis spätestens zum 31. März 1929. Die Auslosung der Bücher erfolgt am 5. April 1929, und anschließend werden die Bücher an die eintaufend glücklichen Gewinner versandt. Da zu erwarten ist, daß eine rege Beteiligung einsetzt, werden Sie gut tun, die Lösung der Preisgabe baldigst einzuliefern.

Teil. Ein Roman von Komaromi, Verlag Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

19. dieser ungarische Dichter, der aus einer Bauernfamilie des ungarischen Oberlandes stammt, noch keine vierzig Jahre alt ist und trotzdem bereits zu den beliebtesten Autoren seines Volkes

gehört, weiß zu erzählen! Wie einfach er das macht! Was geht uns Teil, dieses schöne Mädchen der Stadt, an, was ihr Liebhaber, der alles so ernst nimmt und nicht versteht, daß sie noch ein Kind ist, das leben will und froh sein? Aber plötzlich sind wir die beiden verbannt, wir lieben mit ihnen und leiden mit ihnen. Ja, so ein Roman ist das! Er ist wie gebärmertes Seitenstück. Mäßliche Bäume rauschen, Abendwolken jagen nach der Wund-insel und die Herzen pochen. Der Krieg rollt hinter dem Horizont. Auch er ist nicht unbegründet. Der Dichter hat ihn, aber ohne Gewalt. Und die Protagonisten werden von ihm mit Macht be-tätigt. Wie fällt ein lautes Wort, und bis zum Ende ist alles wie ferne Musik. Gütlich legt man das Buch aus der Hand und eine unvergessliche frohe Erinnerung macht uns froh und lächelnd.

Der Roman, den die Büchergilde Gutenberg (Berlin) als vornehm ausgestatteten Drei-Act- Roman herausbringt, hat Alexander von Sacher-Masoch aus dem Ungarischen über-setzt. Sacher-Masoch ist nicht nur der Urheber eines berühmten Dichters, nicht nur der Erbe eines unverdächtigen Namens, er ist selbst ein Dichter und weiß, was es heißt, seinen so feinen und fertigen Poeten wie Johannes Komaromi zu übersehen. Der ersten deut-schen Heberhebung eines Komaromi wurde mit einem Nachwort zu „Teil“ ein Triumphbogen gebaut, durch den hoffentlich noch viele Romane dieses ungarischen Erzählers in die Bewunderung und Liebe der deutschen Lesewelt einziehen.

PREMKENNER FINDEN DEN GEG KAUTABAK

im Geschmack würziger als jede andere Marke

Jeder Genossenschaftler priemt daher nur den billigen GEG-KAUTABAK AUS DEM KONSUMVEREIN



noch in diesem Jahre ununterbrochen produziert, als: Gartensorten, die schönste, Tee- u. Remontantrosen, in allen Farben, 10 St. Mk. 3.80, 20 St. Mk. 7.40.

Rosenschnittlinge: Die besten in neuen, wertbaren Farben, 5 St. Mk. 3.50, 10 St. Mk. 6.50, 20 St. Mk. 12.--.

Balkonrosen: Die süßlichsten aller Edelrosen, für Balkonkisten u. Topfkultur im Zimmer, 10 St. Mk. 5.--, 20 St. Mk. 9.60.

Schlingrosen, in allen Farben, für Wand-, Lauben- und Balkonbekleidung, 5 St. Mk. 3.--, 10 St. Mk. 5.50.

Friedensrosen: gefülltblühende, frostharte Edelrosen, rot-weiß u. rot, 10 Stück Mk. 4.--, 20 St. Mk. 7.80.

Diese Millionen unserer Rosen schmücken bereits unzählige Gärten und Balkone, und viele tausend Dankadressen loben die Qualität, das stets sichere Anwachsen, die übervolle Blüten-pracht, das jahrelange Gedelien. Ein Erfolg unseres reich illustrierten Buches „Die Rose und ihre Pflege“, das nur unseren Sendungen gratis beiliegt. — Jetzt beste Pflanzenzeit auch für Stunden u. Edelrosetten in Prachtsorten, 5 St. Mk. 2.50, 10 St. Mk. 4.75. Gladiolen, Begonien u. Anemonen in allen Farb., 10 St. Mk. 1.10, 20 St. Mk. 2.--. Alle Sendung, von Mk. 3.80 an portlo. KÖLLNER BAUMSCHULEN Kölln bei Elmhorn in Holstein Nr. 58 Häufigste Buchvertriebsstellen, schönste Sort., Mk. 2.--, illustr. Katalog „Der Hausgarten“ kostenlos.

Ha, ha, ha, ha, ha

Ich habe mir Gedanken gemacht: „Das Buch „Tollanten“ die besten und schlichsten“



Spähe der Welt, die tollsten Gedanken, wirungsgevolle Gedanken, ein u. Couplet nach schillernden Versen, zu heiteren „Die Kunst des Lächelns“, die originale Witze, hübschen Anecdotes, Sagen-fragten und Rätsel. Dazu 131 Rätsel, 1 Schach- und 1 Spielkarte, 1 Photographie, 1 Scherzspiel „Reißer“ und 1 hübscher Finger. Diese Gegenstände mit den zwei Bildern zusammen für nur 8 Mk. portlo.

Buchverlag Gutenberg Dresden, Pa. 590

Eine frohe Botschaft an alle Kranken!



Zur Vorbeugung gegen Krankheiten verschiedenster Art sind seit 30 Jahren bewährt und erprobt: Dr. Zinssers Kräuter-Tees. Die unten angegebenen Sorten sind die gangbarsten. Ueber 20000 An-erkennungen, die in den letzten 4 Jahren unverlangt bei uns eingingen, sind der beste Beweis für die Wirksamkeit.

Ich litt 30 Jahre an Rheumatismus, habe Bäder genommen und mich in Krankenhäusern aufgehallen. Ich war ganz verzweifelt. Nichts hat geholfen. Durch Ihren Rheumatismus-Tea sind meine Schmerzen verschwunden.

Reinh. Muk, Suhl 11 693

Nochmals meinen besten Dank für Ihren Ent-fettungs-Tea. Derselbe hat bei mir Wunder gewirkt. Habe schon wiederholt Ihren Tee empfohlen und hat derselbe auch da angesprochen.

11 865 Herm. Noack, Ziegenrück

Ich hatte seit einigen Jahren sehr unter Nerven-schmerzen zu leiden. Hatte immer heftige Kopf-schmerzen und die Hände zitterten. Nach Gebrauch von 5 Paketen Nervenleiden-Tea Nr. 33 bin ich von diesem Leiden befreit.

Osk. Kretschmar, Berwitz 9867

1. Abführ-Tea	18. Grippe-Tea
2. Asthma-Tea	20. Hämorrhoidal-Tea
3. Ausschlag-Tea	21. Herzleiden-Tea
7. Bleichsuchts-Tea	27. Luftröhren-Katarrh-Tea
8. Blutreinigungs-Tea	29. Magen-Tea
9. Brust- und Husten-Tea	35. Rheumatismus-Tea
10. Diabetiker-Tea für Zuckerkranker	36. Skrofulose-Tea
11. Gesundheits-Tea zur Entfettung	39. Tee gegen Würmer
	40. Tee gegen Arterien-verkalkung

verstärkte Sorte Mk. 2,50 das Paket einfache Sorte Mk. 1,80 das Paket.

Auch Sie sollten unbedingt damit einen Versuch machen.

Wenn Sie aus irgendwelchen Gründen Tee nicht trinken können oder wollen, benutzen Sie unsere Spezial-Tabletten.

Schachtel Mk. 1,80 und 2,50.

Unsere Kräuter-Tees sind in den meisten Apotheken zu haben; wo nicht, direkt durch unsere Versand-Apotheke.

Von drei Paketen an erfolgt die Zusendung porto- und verpackungsfrei.

Dr. Zinsser & Co., G. m. b. H., Leipzig 100 — Gegründet 1898 —

Nur Wannebäder? oder auch „Künstliche Höhensonne“?

Kein Verständiger wird mehr die gesun-dheitliche Wichtigkeit des Neißigen Baden betreten, ohgleich sich die gütige Wirkung nur sehr allmählich zeigt.

Noch wichtiger als Wasserbäder ist aber das Lichtbäder im Ultraviolet der „Künstlichen Höhensonne“ — Original Hanau. Ihre gesundheitliche Wirkung ist viel auffälliger als die des Wasserbadens, sie zeigt sich sofort, am zweiten Tage schon. Dabei ist die Anwendung sehr einfach. Eine Bestrahlung mit der „Künstlichen Höhensonne“ von 8—10 Minuten Dauer, und der Körper ist für mehrere Tage viel frischer, viel elastischer, viel widerstandsfähiger gegen Krankheiten. Ein angenehmes Wärmegefühl durchströmt ihn, und das Gesicht bekommt in kurzer Zeit eine gesunde Farbe. Schon äußerlich bemerkt man die Wirkung an der rosigen Haut, an der gehobenen Stimmung, dem Verschwin-den aller Hautunreinigkeiten (Pickeln, Mitesser), Regelmäßige Bestrahlungen mit der Quarzlampe „Künstliche Höhensonne“ bewirken garazu eine Verjüngung und bei nervösen, schlaffen Personen eine deutliche Kräftigung des Organismus.

Für überarbeitete Personen hat jede Bestrahlung die Wirkung eines Er-holungstages, körperlich, geistig und seelisch, sie wird ihn in ganz unent-behrlich Ein tiefer, gesunder Schlaf, guter Appetit und erhöhte Leistungsfähigkeit stellen sich ein, und zwar gleich von den ersten Tagen an. Bei geschwächten, rachitischen, skrofulösen und durch Tu-berkulose gefährdeten Kindern tut die Bestrahlung wahre Wunder. Viele Tau-sende Aerzte besitzen bereits die „Künst-liche Höhensonne“ — Original Hanau — und die Bestrahlungen sind so billig, daß Niemanden, der sie versucht hat, die Zeit und die Kosten reuen werden.

Verabieden Sie mit Ihrem Arzte täg-lich eine bestimmte Zeit, versuchen Sie es acht Tage lang (aber nur mit „Original Hanau“), und Sie werden sich wohl fühlen wie seit Jahren nicht.

Neuerdings gibt es auch eine kleine Heim-Höhensonne zur vorbeugenden Selbstbestrahlung bei Gesunden. Sie kostet für Gleichstrom RM. 132.--, für Wechselstrom RM. 263.--.

Aufklärungsschriften versendet kosten-los die Quarzlampen-Gesellschaft m. b. H. Kanan a. M. Postfach 1413.

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten.

1 Kilo graue gefüllte, 4. —, halbweiße 4. —, weiße 5. —, bessere 6. —, 7. —, baunentweide 8. —, 10. —, beste Sorte 12. —, 14. —, 16. —, beste Sorte 18. —, 20. —.

1 Kilo gefüllte Bettfedern 12. —, 14. —, 16. —, beste Sorte 18. —, 20. —.

Bestand portlo, zollfrei gegen Nachnahme. Klavier frei. Umtrieb u. Rücknahme gestattet.

Benedikt Gehlert, Lobes 209 bei Witten in Südböhmen.

Sigurd

Räder direkt ab Fabrik.

Enormbillige Qualitätswaren! Hunderttausende zufriedene Kunden.

Sigurd Fahrradwerke, Kaaröl 78

Illustrierter Pracht-Katalog kostenlos

10 Rosen 3.50

In den schönsten Sorten sortiert und prächtig mit Namen und Formbeiz. Nur kräftige Pflanzen. Jeder beste Pfanzestiel! Viele Dankadressen. Unsere Rosen blühen noch in diesem Jahre unermüdet. Ihre Rosen blühen noch in diesem Jahre unermüdet. Ihre Rosen blühen noch in diesem Jahre unermüdet.

Kölnner Baumschulen, Langlohe 314 bei Elmhorn in H.

10000 Dankeschreiben über Bettfedern

bedecken um, fortwäh-los billige, gute u. reise Bedienung. — 1 Pfd. graue 0,80 u. 1. —, 2 Pfd. halbe 1,50, gute halbe 2,50 und 3. —, 5 Pfd. Spezialität 5. —, weiße halbe 3,50, 4,50, Spezialität 5. —, weiße halbe 5,50, weiße halbe Spezialität 8. —, 10. —, 15. —, 20. —, 25. —, 30. —, 35. —, 40. —, 45. —, 50. —, 55. —, 60. —, 65. —, 70. —, 75. —, 80. —, 85. —, 90. —, 95. —, 100. —.

Josef Christis Nachfolger, Cham 371 (Bayer. Wald). Der Name allein bürgt für gute Bedienung.

Alles staunt

Über Ausführung, Klangfarbe und Preis!

W. H. Mischler Schöne Aht. 11, Rembrandt Nr. 57 L. Westf. Gegründet 1897.

Erfolge im Garten

Selbstverständl. überrasch. Erfolge, wenn Sie unsere bewährten Gendug- und Blumensamen zur Aussaat benutzen. Unser Katalog 353 wird Ihnen kostenlos zugesandt.

Pape & Bergmann GmbH. Quedlinburg

Ihr Geld reicht länger,

wenn Sie Gleich beste meiste tro-sen Katalog bestellen! Bevor Sie wo anders kaufen! Er kostet nicht! Niedrig wie bei jedem Anwesen! 10000 Kunden, Millionen 50.000 M. Groswaren, Millionen 50.000 Weisens großes und billiges Versandhaus in München.

billige böhmische Bettfedern!

1 Kilo graue gefüllte, 4. —, halbweiße 4. —, weiße 5. —, bessere 6. —, 7. —, baunentweide 8. —, 10. —, beste Sorte 12. —, 14. —, 16. —, beste Sorte 18. —, 20. —.

Bestand portlo, zollfrei gegen Nachnahme. Klavier frei. Umtrieb u. Rücknahme gestattet.

Benedikt Gehlert, Lobes 209 bei Witten in Südböhmen.

Seit 75 Jahren

Sächsische Bettfedern-Fabrik Paul Meyer, Döllitzsch 79 Prov. Sachsen, Angersgr. 4. senden Ihnen zur beste, streng reelle Qualitäten.

Bettfedern bedeutend billig, zu Fabrikpreisen.

Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preis, umsonst u. portlo!

200 Harzkäse 4.10 M.

9 Pfd. rot gefüllte 4.85, 10 Pfd. halbe 5.50, 15 Pfd. halbe 8.00, 20 Pfd. halbe 10.50, 25 Pfd. halbe 13.00, 30 Pfd. halbe 15.50, 35 Pfd. halbe 18.00, 40 Pfd. halbe 20.50, 45 Pfd. halbe 23.00, 50 Pfd. halbe 25.50, 55 Pfd. halbe 28.00, 60 Pfd. halbe 30.50, 65 Pfd. halbe 33.00, 70 Pfd. halbe 35.50, 75 Pfd. halbe 38.00, 80 Pfd. halbe 40.50, 85 Pfd. halbe 43.00, 90 Pfd. halbe 45.50, 95 Pfd. halbe 48.00, 100 Pfd. halbe 50.50.

E. Mapp, Altona 52.

Müssen Sie oft Briefe schreiben?

Beileids-, Glückwunsch-, „Blit“, Rund-, Bewerbungs-, Offert- und Mahnschreiben, Gesuche an Behörden und Gerichte. Benutzen Sie unseren großen Allgemeinen Briefsteller. 300 Seiten stark. Eine ungemein praktische Hilfe für Sie und für Geschäftsleute besonders unentbehrlich Mk. 2.80 Kongress-Verlag Abt. 109B, Dresden-A., Marschallstr. 27.

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klause!

Reklamepreis nur 4 M.!



Unser Leser

Uhren-Klause, Berlin SW 29, (28) Zossener Str. 8.

Bettmässen

Befreiung sofort. Ausk. unsonst. Alter u. Geschl. angeg. Dr. med. Hausmann & Co., Völsberg 53 (Bayern).

Sonder-Berlauf!

Sonder-Berlauf! Sonder-Berlauf!

Neu! Roode Star

Roode Star ist eine Neuzüchtung, welche aus Holland stammt und sich in Deutschland durch ihre Widerstandsfähigkeit gegen Krankheit gut bewährt hat. Roode Star bringt Erträge bis 100 Ztr. pro Morgen, ist krebserregend und wegen ihres hervor-ragenden Geschmacks sehr beliebt. Die Kugeln sind rot-schallig, tiefgelblich-schwarz. Reifezeit Mitte September.

Van den gelblich-schwarzen Sorten hat Roode Star den Vorrang, dass sie den höchsten Strohgehalt von 17-20% hat. Offertiere handverlesener Saatgut: 1 Zentner Mk. 11.--, 1/2 Zentner Mk. 6.--, 1/4 Zentner Mk. 4.50, 10 Pfd. Mk. 2.--.

H. Stegner, Gul Johanneshof bei Erfurt Nr. 18. Bahnstation Erfurt-Nord. Versand bei frostfreiem Wetter.